



# Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.), Basel

Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Erscheint wöchentlich - Basel, den 16. März 1946 - 46. Jahrgang - Nr. 11

## Sitzung des Verwaltungsrates des V.S.K.

Am 9. März 1946 versammelte sich der Verwaltungsrat des V.S.K. zu seiner ersten diesjährigen Sitzung.

Das *Protokoll der Sitzung vom 8. Dezember 1945* wurde genehmigt. Anschliessend daran wurden die *Monatsberichte* der Verbandsdirektion pro Dezember 1945 und Januar 1946 sowie *Jahresbericht* und *Jahresrechnung* des V.S.K. per 31. Dezember 1945 behandelt. Gestützt auf den Bericht der Kontrollstelle und das Ergebnis der Untersuchung durch den Ausschuss des Verwaltungsrates beschloss der Verwaltungsrat, Jahresbericht und Jahresrechnung an die Delegiertenversammlung weiterzuleiten mit dem Antrag auf Genehmigung des Berichtes und der Rechnung und auf Entlastung der verantwortlichen Verbandsorgane.

Für die *Delegiertenversammlung* vom 22. und 23. Juni 1946 in Montreux wurde die Tagesordnung festgesetzt. Die Traktandenliste wird an anderen Stellen veröffentlicht werden.

Da Herr M. Maire auf den 1. April 1946 aus der Direktion des V.S.K. ausscheidet, hatte der Verwaltungsrat einen neuen *Präsidenten der Verbandsdirektion* zu bezeichnen. Herr O. Zellweger, der als ältestes und erfahrenstes in der Direktion verbleibendes Mitglied wie auch als Vizepräsident für die Uebernahme des Präsidiums prädestiniert gewesen wäre, lehnte aus persönlichen und familiären Gründen eine Kandidatur ab. Der Verwaltungsrat fühlte sich verpflichtet, den von Herrn Zellweger vorgebrachten Gründen Rechnung zu tragen, und bezeichnete als neuen Präsidenten der Verbandsdirektion Herrn Dr. Max Weber. Herr Dr. Weber wird das Präsidium auf den 1. April 1946 übernehmen.

Hauptsächlich um das Präsidialdepartement zu entlasten, hat der Verwaltungsrat auf Antrag der Direktion eine neue *Einteilung der Departemente und Abteilungen des V.S.K.* beschlossen. Die Aenderung betrifft eine Verschiebung der Abteilung Brennstoffe von Departement V an das Departement III. Dementsprechend wurde § 19 des Reglementes für die Verbandsdirektion geändert.

Die Neueinteilung, die auf den 1. April 1946 in Kraft tritt, ergibt folgendes Bild:

### I. Departement:

Vorsteher: Direktor O. Zellweger,  
Stellvertreter: Direktor Dr. Max Weber.

*Abteilungen:* Kanzlei der Verbandsdirektion; Zentralbuchhaltung; Versicherungsanstalt; allgemeines Versicherungswesen; Personalwesen; Liegenschaftenverwaltung; Bauwesen.

### II. Departement:

Vorsteher: Direktor Ch.-H. Barbier.  
Stellvertreter: Direktor Hans Rudin.

*Abteilungen:* Presse, Propaganda und genossenschaftliches Bildungswesen; Buchdruckerei.

### III. Departement:

Vorsteher: Direktor Hans Rudin.  
Stellvertreter: Direktor Dr. Leo Müller.

*Abteilungen:* Zucker und Kolonialwaren; Getränke; Fette, Öle und Fleischwaren; Fabrikationsartikel; Lebensmittel; Gebrauchsartikel Gruppe A; Brennstoffe; chemisches Laboratorium; Vertreter für allgemeine Waren.

### IV. Departement:

Vorsteher: Direktor Dr. Leo Müller,  
Stellvertreter: Direktor Ch.-H. Barbier.

*Abteilungen:* Butter und Eier; Käse; Landesprodukte; Dünger und Futtermittel; Spedition; Lagerhaus- und Fabrikationsbetriebe; Landwirtschaft.

### V. Departement:

Vorsteher: Direktor Dr. Max Weber.  
Stellvertreter: Direktor O. Zellweger.

*Abteilungen:* Rechtswesen; Wirtschaftsfragen; Treuhandabteilung; Gebrauchsartikel Gruppe B; Textilwaren.

Der Verwaltungsrat genehmigte sodann die Liste der Vertretungen, die die Herren M. Maire und Dr. H. Faucherre auch nach ihrem Ausscheiden aus der Direktion des V.S.K. weiterführen wollen.

Auf Antrag des Ausschusses und der Direktion hat der Verwaltungsrat beschlossen, der nächsten Delegiertenversammlung zu beantragen, Herrn M. Maire gemäss Art. 34, 4, der Statuten in den Ausschuss und in den Verwaltungsrat des V.S.K. zu wählen.

In Zürich hat sich unter dem Namen «Schweiz. Verband sozialer Baubetriebe» ein Verein im Sinne von Art. 60 ff. des ZGB gegründet, mit dem Zwecke, die Gemeinwirtschaft, insbesondere die Baubetriebe, auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage zu fördern. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, sich am Solidaritätsfonds dieses Verbandes mit Fr. 10 000.— zu beteiligen.

Zum Abschluss liess sich der Verwaltungsrat über die Verhandlungen des Zwischengenossenschaftlichen Ausschusses mit der Spezialkommission des Schweiz. Gewerbeverbandes zur Neuordnung des Detailhandels orientieren.



# Der Schlachtviehabsatz in der Nachkriegszeit

In Nr. 8 des «Schweiz. Konsum-Vereins» hat Herr Emil Rudin, Präsident der Direktion des ACV beider Basel, in einem grösseren Artikel sehr klar einige schwerwiegende Bedenken gegenüber der vorgesehenen Ordnung auf dem Gebiete des Schlachtviehmarktes zum Ausdruck gebracht. Als Antwort auf diese Stellungnahme sendet uns der Schweizerische Bauernverband einen von Herrn Max Wagner, dem Redaktor des Landwirtschaftlichen Informationsdienstes, verfassten Aufsatz, der in Beantwortung weiterer Kritiken auch in der Tagespresse erschienen ist. Diese Ausführungen enthalten eine ganze Reihe wichtiger Argumente zugunsten der geplanten Schlachtviehabsatzordnung, lassen jedoch entscheidende Punkte offen, die Herr Direktor Rudin in seiner gründlichen Studie aufgeführt hat. Deshalb können auch die folgenden Erwägungen die nach wie vor starken grundsätzlichen Bedenken der Konsumentenvertreter nicht beschwichtigen. Trotzdem besteht seitens der Konsumentenschaft auch weiterhin der sehr ernsthafte Wunsch nach einer Regelung, die einen krisenfreien Absatz des inländischen Schlachtviehs garantiert, den landwirtschaftlichen Produzenten einen rechten Preis sichert, wobei jedoch anderseits der Konsument die Gewissheit haben muss, dass er nicht das Opfer eines Monopols und der damit verbundenen Benachteiligung in Preis und Qualität wird — nicht zuletzt zum besonderen Schaden der konsumgenossenschaftlichen Verwertungsbetriebe. Auch wir hoffen, dass die weiteren Besprechungen zu einem für alle Teile annehmbaren Resultate führen.

Herr Max Wagner schreibt:

## Die Tatsachen

Mit der Rückkehr zur Friedenswirtschaft wurde auch die künftige Regelung des Schlachtviehabsatzes Gegenstand mehrfacher Diskussion. Ein grosses Stück bäuerlicher und auch staatlicher Sorgen kommt darin zum Ausdruck, jedem deutlich, der sich die Verhältnisse in der Zwischenkriegszeit vor Augen hält. So sind die Wünsche nach einer sauberen Ordnung verständlich und gleichfalls auch die Bemühungen auf landwirtschaftlicher Seite, eine in der Vorkriegszeit fehlende Sammelorganisation zu schaffen, die sich logisch einreicht in den gesamten Verwertungsablauf. Mitteilungen in der Presse berichten seit einiger Zeit über diese Absicht. Da es um eine Sache geht, die schlussendlich auch den zahlenden Konsumenten berührt, ist das Interesse des Aussentenden zu begreifen; eine grundsätzliche Orientierung über das, um was es in dieser Frage geht, dürfte daher am Platze sein.

Auch in der Zukunft wird in der Schweiz — als prädestiniertem Milchland — die Tierhaltung ihre Bedeutung behalten. In der Zeit des Höchststandes des Mehranbaues weit über die für die Nachkriegszeit proponierte Ackerfläche hinaus betrug der Anteil am Rohertrag immer noch zirka 60 Prozent (vor dem Kriege bis zu 75 Prozent); nahezu die Hälfte entfällt auf die Schlachtvieh- und Schlachtschweineproduktion. Schon die Vorkriegszeit kannte beachtenswerte Resultate der Qualitätsmast. Damit wurde differenzierten Wünschen nachgelebt; darin liegt aber auch ein Mittel, das mithelfen kann, eine allfällige Milchproduktion einzudämmen, sofern der

Grundsatz der betriebs- resp. landeseigenen Futterbasis respektiert wird. Allerdings ist das eine Angelegenheit vernünftiger Schlachtviehpreise, die sich aber — bei einer Zwischenhandelsmarge in normalem Rahmen — in keiner Weise zu Ungunsten der Konsumenten auswirken müssen.

Leider belegen die Schäden und die bedenklichen Folgen für die gesamte Volkswirtschaft in den Zwanziger- und Dreissigerjahren das Ungenügen der damaligen Zustände. Der Schweizerische Bauernverband hatte seit Jahren den Verhältnissen Beachtung geschenkt; verschiedene schützende Massnahmen konnten getroffen und durch besonders geschaffene Organe (Zentralstelle für Schlachtviehverwertung) und z. T. in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Viehverwerter in die Wege geleitet werden. So entstanden aus der Not jener Zeit die Schlachtviehmärkte, kamen Ueberschussaktionen zur Durchführung, aber es handelte sich dabei nur um Ausgleichsmassnahmen, nachdem das Unheil bereits herein gebrochen war. Die gesetzlichen Normen für ein reibungsloses Zusammenspiel fussten noch auf keiner Erfahrung, und infolge des Fehlens einer systematischen Sammelorganisation blieb das inländische Angebot unübersichtlich. Es war kein Mass vorhanden für eventuell notwendige Einfuhren, die darum zu massiven Ueberangeboten und zum chaotischen Zusammenbruch der Preise führen mussten.

Dass daneben aber noch Uebergewinne auf dem Rücken der Landwirtschaft erzielt wurden, ist ein Grund mehr, die Nutzenanwendungen für die Zukunft zu ziehen und eine sinnvolle Koordination von Inlandprodukten und Einfuhr im Rahmen einer vernünftigen Wirtschaftspolitik zu suchen. Die nie verstummte Kritik an der Vieheinfuhrpraxis der Jahre 1936—1939 in den Eidgenössischen Räten von bäuerlicher und nichtbäuerlicher Seite spricht eine deutliche Sprache. — Es kann und darf nun der Landwirtschaft nicht gleichgültig sein, ob es wieder zu Preiszusammenbrüchen und katastrophalen Absatzstockungen kommen soll, während alle Beteiligten sich darüber klar sind, dass eine Form gefunden werden muss, in der die Zusammenarbeit gemäss den Absichten vernünftiger Wirtschaftspolitik spielen wird.

## Die Aufgaben

Um ein richtiges Bild zu erhalten über die in Frage stehenden Probleme, ist es notwendig, sich einmal die in der Nachkriegszeit zu lösenden Aufgaben auf dem Gebiete des Schlachtviehabsatzes zu vergegenwärtigen, die nach dem schweizerischen Bauernsekretär, Prof. Dr. Oskar Howald, in folgendem bestehen:

1. Sammlung, Sichtung und zweckmässige Verteilung des inländischen Schlachtviehangebotes in der Zeit des natürlichen bzw. saisonmässigen Anfalles von Schlachtvieh;
2. Förderung der Qualitätsproduktion von Schlachtvieh unter Anpassung der Produktion an die zeitlichen Bedürfnisse des inländischen Marktes. Wir verstehen darunter vor allem die Förderung der Vielmast über die Wintermonate, um das Angebot an Schlachtvieh im Frühjahr und Sommer zu verstärken.
3. Regelung der Schlachtvieh- und Fleischeinfuhr nach Massgabe des mengenmässigen und qualitativen Bedarfes für die Inlandversorgung.
4. Organisation der Ueberschussverwertung und der Lagerhaltung zum Zwecke der Marktentlastung im Herbst und der Ueberbrückung der Vorsommermonate mit ihrem naturgemäss geringeren Angebot an inländischem Schlachtvieh.



5. Gewährleistung von den Produktionskosten angemessenen, für längere Perioden festen und nach Qualität gerecht abgestuften Preisen.

6. Weiterführung der allgemeinen Schlachtviehversicherung, die sich in der Kriegszeit namentlich gegenüber den Kleinbauern und insbesondere in den Gebieten, in denen keine allgemeine Viehversicherung bestellt, bestens bewährt hat.

In Ergänzung dieses Kataloges ist festzuhalten, dass für die nachkriegszeitliche Regelung des Schlachtviehabsatzes heute gewisse Richtlinien festgelegt sind im Bundesratsbeschluss Nr. 56 vom 13. Oktober 1942, der bestimmt, dass die Importbewilligungen für Tiere und tierische Erzeugnisse den Interessen der inländischen Zucht und Produktion sowie den Bedürfnissen der Landesversorgung unterstellt werden müssen. Zur Aufsichtsbehörde über die Ein- und Ausfuhr ist die Abteilung für Landwirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes bestimmt worden. Dieser Beschluss ersetzt und ergänzt die seinerzeitigen Bundesratsbeschlüsse aus den Jahren 1936 und 1937 über die Vieheinfuhr, in deren Folge sich jenes düstere Kapitel der Importgewinne abspielte, von dem oben die Rede war. Grundsätzlich wird die Politik unterstrichen, die Vieheinfuhr so zu regeln, dass die Viehmast auf die inländischen Bedürfnisse ausgerichtet und der Absatz nicht desorientiert wird. Durch den Bundesratsbeschluss vom 3. November 1944 über die Sicherstellung der Landesversorgung mit Erzeugnissen der Landwirtschaft für die Kriegs- und Nachkriegszeit sind überdies die Wege aufgezeichnet, den landwirtschaftlichen Notwendigkeiten im Rahmen der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse gerecht zu werden.

Der Wirtschaftsverband für den Viehverkehr (Händler, Importeure und Metzger) erklärte sich bereit, mit der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Regelung der Schlachtvieh- und Fleischeinfuhr, der Organisation der Ueberschussverwertung und der Lagerhaltung sowie der Ansetzung von angemessenen Produzentenpreisen zusammenzuarbeiten. Die Erfahrungen einer früheren Zeit haben nun den Beweis erbracht, dass Einfuhrregelung — auch wenn die Ueberschussverwertung dazu kam — nicht genügt, Preis und Absatz auf gesunder Basis zu halten. Darum erfuhr das Programm eine Erweiterung. Auch kann nach dem alten Wege das inländische Angebot quantitativ nicht überblickt werden. Gerade das aber ist notwendig. Immer wird einer genauen Ernteschätzung gerufen; das gleiche Postulat gilt für den Schlachtviehanfall, der nur durch die Schaffung eines offenen Marktes sichtbar gemacht werden kann, wodurch die Behörden den notwendigen Ueberblick für die notwendige Einfuhr erhalten.

Es dürfte bei allerseits gutem Willen nicht schwer fallen, sich zu guter, praktischer Arbeit zu finden. Das ist auch der Wille auf landwirtschaftlicher Seite; man bemüht sich deshalb, auf genossenschaftlichem Boden eine *Sammelorganisation der Produzenten* zu schaffen. Aus der Notwendigkeit, die bisherigen Aussprachen angesichts der Dringlichkeit nicht ad infinitum ins Einzelne weitertröpfeln zu lassen, sondern die verschiedenen gelagerten Interessen unter einen Hut zu bringen, bevor die Not hereingebrochen ist, sollen die Besprechungen im Verein mit den zuständigen Stellen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes weitergeführt werden.

Ohne den Ergebnissen vorzugreifen, kann man sagen, dass es sinngemäss ist, wenn sich Landwirtschaft, Metzgerschaft und Handel zu einer *Arbeitsgemeinschaft* zusammenfinden, um die gemeinsamen Probleme nach den gebotenen Richtlinien einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Berücksich-

tigt man die Fehler der Vergangenheit und lässt man die Entwicklung Lehrmeisterin sein, so wird es ebenso wenig zu der Monopolstellung einzelner Firmen (in deren Hand 75 Prozent der gesamten Grossvieheinfuhr und 98,8 Prozent der gesamten Schlacht Schweineinfuhr vereinigt waren) kommen, wie auch ein Missverhältnis zwischen Inlandangebot und Einfuhrbedürfnissen vermieden werden kann. Zweckmässig wäre es, dieser Arbeitsgemeinschaft die rechtliche Form eines Syndikates zu verleihen, das unter der Leitung einer neutralen, fachkundigen Persönlichkeit steht. Einer *konsultativen schweizerischen Kommission*, welche zu Handen der Behörden allgemeine Fragen der Fleischversorgung des Landes zu beraten hätte, sollten neben den Vertretern der Verwerter und Produzenten auch Vertreter der Konsumenten angehören. Die Aufgabe dieser Kommission könnte es auch sein, den Rahmenpreis für das Schlachtvieh für eine längere Zeit zu finden. Angesichts der Zusammensetzung einer solchen, vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement einzusetzenden Kommission dürfte eine monopolistische Preisgebarung ausgeschlossen sein. Für die Abwicklung der Geschäfte aber ist eine *neutrale Geschäftsstelle* — ohne Bindung an eine der angeschlossenen Firmen oder Verbände — Voraussetzung für eine Arbeit, die vor der Öffentlichkeit bestehen kann. Ueber Einzelheiten müsste man zu Rank kommen; sicher aber wäre das Syndikat, das keine über die Kosten- und Risikodeckung hinausgehenden Gewinne macht, das geeignete Instrument zur Erfüllung der einmal gestellten Aufgaben, ohne dass die einzelnen Firmen in ihrer Handelsfreiheit bedroht wären. Aufgabe dieser Institution wäre auch der Abschluss der Lieferungs- und Verwertungsverträge mit den einzelnen Organisationen.

Eine wesentliche Erleichterung des Ablaufes wird es bedeuten, wenn der Landwirtschaft als Partnerin der festgefügtten Organisationen der Händler und Verwerter ebenfalls sichtbare und vertragsfähige Gestalt gegeben wird. Ohne das müssten alle Vorkehren blasse Theorie bleiben. Darum wird eine Organisation des Schlachtviehabsatzes auf genossenschaftlicher Grundlage vorbereitet, die die kantonalen Sammelgenossenschaften zusammenfasst.

### Konsequenzen

Eine Voraussetzung des Zusammenspiels besteht in der Schaffung *kantonalen Sammelorganisationen* im Rahmen einer schweizerischen Organisation, die durch die Gründung von Genossenschaften auf freiwilligem Boden erfolgen soll. Von einem Zwang kann nicht die Rede sein; es bleibt jedem Bauer unbenommen, sich zu beteiligen; — selbst der Händler kann Mitglied werden, und wo nicht alles erfasst wird, lebt eben die genossenschaftliche Erfassung neben dem freien Einkauf, getreu dem liberalen Prinzip. Wenn aber ein Beitritt erfolgt, so umschliesst dieser nicht nur *Rechte* (z. B. den Anspruch auf Abnahme des Viehs u. a. in Trockenzeiten), sondern auch *Pflichten*, die sich u. a. auf die Bereitstellung des schlachtreifen Grossviehs beziehen. Die genossenschaftliche Selbsthilfe aber als unschweizerisch abzutun — wie das gelegentlich getan wird — berührt bei der genossenschaftlichen Tradition unseres Landes merkwürdig.

Bei der Schaffung bäuerlicher Organisationen auf genossenschaftlichem Boden zur *Sammlung des Schlachtviehangebotes* handelt es sich nun auch keineswegs darum, ein kriegswirtschaftliches System



mit Hilfe des Staates in die Friedenszeit hinüber zu «retten». Der Sinn dieser Arbeit liegt tiefer. Die Statuten der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die ausgangs der Achtzigerjahre ins Leben traten, um der damaligen Not zu begegnen, umschreiben in ihrer Zweckbestimmung nicht nur die Produktenverwertung des Feld- und Gartenbaus, sondern auch der Tierhaltung. Aus dem Jahre 1928 liegt eine umfangreiche Arbeit von Dr. Oskar Howald vor über die Organisation des Schlachtviehabsatzes, worin die Unvollkommenheit und die gefährlichen Auswirkungen untersucht und Vorschläge zur Behebung gemacht werden. Der Umwelt lagen offenbar andere Sorgen näher, und erst das in der Kriegszeit 1942 eingeführte System der Schlachtviehannahmen schuf eine *wirksame Kontrolle des Schlachtviehverkehrs*, d. h. es wurde der Ueberblick über die inländische Produktion möglich, ebenso der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Dabei wurde auch die Grundlage gefunden zu einer gewissen Stabilität in der Preisbildung, was dem Verwerter und nicht zuletzt dem Verbraucher zugute kam und womit man sich zudem einem agrarpolitischen Erfordernis ersten Ranges für unsere schweizerischen Verhältnisse näherte. Abgesehen davon erfüllt sich darin eine Voraussetzung für das Funktionieren der durch die Beschlüsse 1936/37 grundsätzlich richtig vorgesehene Regelung.

Die anfänglich in bäuerlichen Kreisen als Ausfluss staatlicher Einreden mit Abneigung aufgenommene Ordnung erwies sich überdies als eine vorzügliche Lehrmeisterin in bezug auf das, was dem Bauern vorher von dem seiner Ware zustehenden Preis zu oft verloren gegangen war. Wenn die gegenwärtigen Aktionen zur Gründung der regionalen Sammelorganisationen einen grossen Erfolg haben, so ist das nur ein Beweis, welchem Misstrauen der freie Einkauf, bei dem das *Geschäft hinter der Stalltüre* abgeschlossen wird, begegnet. Nur zwanzig Prozent beim Grossvieh oder zehn Prozent der Schlachtkälber z. B. wurden ehemals auf offenem Markt umgesetzt. Wer sich mit einer vernünftigen Marge am Geschäft zufrieden gibt, kann sich nicht betroffen fühlen. Unsere Meinung wird erläutert durch die Feststellung, die wir in Geschäftsberichten von Bauernhilfskassen fanden, dass die *bedingungslose Abhängigkeit vom Viehhandel* neben den Viehschulden eine der Hauptursachen der Notlage vieler Betriebe ist, wobei eine gewisse Unkenntnis bei manchen Kleinbauern erheblich mitspielt. Bei der genossenschaftlichen Viehvermittlung soll auch dieser Bauer vor Uebervorteilung geschützt sein und den qualitätsgerechten Preis erhalten.

#### Vom Preis und von der Qualität

Wenn die Landwirtschaft darauf zählt, dass auch in unserem Lande eine Regelung des Schlachtviehabsatzes sich durchführen lässt, wie sie in Ländern wie Dänemark und Schweden schon längst besteht, so denkt sie an eine Ordnung, die geeignet ist, dem Produzenten einen qualitätsgerechten Preis zuzugestehen, und die den Vieh- und Fleischvertrieb *rationell* und *billig* gestaltet, was auch im Interesse der Konsumenten liegt.

Durch die skizzierte Organisation wird eine *wesentliche Spesenersparnis* eintreten. Fachmännische Berechnungen beziffern eine solche gegenüber den jetzigen Verhältnissen bis auf vierzig Prozent. Die von der Kriegswirtschaft beanspruchte Marge wurde oft als zu hoch empfunden; der frühere Schlachtvieh-

handel hat aber mindestens mit ebenso hohen Margen gerechnet. Man geht nicht fehl, wenn man sagt, die jetzige Schlachtviehorganisation arbeite billiger als der frühere Schlachtviehhandel, da sie bei ähnlichen Margen grössere Leistungen vollbrachte. Im Jahre 1927 hat die eidgenössische Preisbildungskommission festgestellt, dass der Viehhandel pro Stück Schlachtvieh 26 Fr. bis 90 Fr. beansprucht; der genossenschaftliche Schlachtviehabsatz aber wird pro Tier im Mittel 25 bis 30 Fr. oder 5 bis 6 Rappen pro kg Lebendgewicht benötigen. Durch die genossenschaftliche Erfassung des Angebotes beim Produzenten und die natürliche Zuführung zum Verwerter werden infolge möglicher Vereinfachungen gegenüber dem teuren kriegswirtschaftlichen Apparat Ersparnisse gemacht werden können. Zudem fallen zahlreiche Auslagen weg, die aus der kriegswirtschaftlichen Marge berappt werden mussten (Gebirgzzuschläge, Kosten der Fleischeinlagerung sowie die Kosten der Fleischrationalisierung usw.). Das wird auch für den Konsumenten spürbar, wenn zwischen dem Preis, den der Bauer erhält, und dem Preis, den der Konsument bezahlt, nicht mehr die übersetzte Spanne liegt.

Dem Metzger wird vorgeredet, dass er bei der vorgeschlagenen Ordnung seine Ware nicht im gewünschten Sinne erhalte. Abgesehen von jenen Mängeln, die überall anzutreffen sind, wo sich Menschen begegnen, erwies sich das heute geübte Verfahren der Annahme als nützlich, und wo die Kritik von anderer Seite laut wurde, traf sie gewiss die Nöte der *Verteilung*, die aber im *Zustand der Mangelzeit*, d. h. des zwangsläufig zurückgegangenen Anfalles an Schlachtvieh, begründet waren. Das wird in der Zukunft durch die wieder mögliche Förderung der Qualitätsmast anders sein, zudem kann fehlende Inlandware durch Fremdvieh ergänzt werden. Auch der Direktverkehr zwischen Metzger und Bauer ist keineswegs ausgeschlossen, sofern er sich im Rahmen der Lieferverträge bewegt.

Der Erfolg der Schlachtviehannahmen zeigt, dass bei dem aus zahlreichen Produktionsstätten und in unterschiedlicher Qualität anfallenden Angebot eine Marktordnung praktisch durchführbar ist, die Produzenten, Verwertern und Verbrauchern Vorteile bietet. Gegenüber früher ist ebenso auch eine *feinere Qualitätsumschreibung* herausgearbeitet worden. Die Staffelung der Preise nicht nach Schlachtwertklassen, sondern nach Leistung, ist möglich, gleich wie die Belieferung entsprechend den Qualitätswünschen. So können die regelnden Kräfte eines gesunden Wettbewerbs in Aktion bleiben. Dass die Ware qualitäts- und preisgerecht zur richtigen Zeit an den gewünschten Ort kommt, ist einzig eine Frage der Organisation; nichts mehr und nichts weniger!

Bei allen Ueberlegungen wurde auch auf die Tatsache Rücksicht genommen, dass auch die zukünftige Regelung des Schlachtviehabsatzes — gleich dem landwirtschaftlichen Problem gemeinhin — nur in Zusammenarbeit mit allen Kreisen zu lösen ist.

Wir möchten aus leichtverständlichen Gründen nicht einer Politik auf Vorschuss der vom Volke erst noch anzunehmenden Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung das Wort reden. Aber eines steht fest: dass jene Formulierung allgemein ist, wonach im Vordergrund aller Bemühungen das stehen soll, was billigerweise jedem zugemutet werden muss: vorerst die *eigenen Kräfte anzuspannen*. Werden die Wirtschaftsartikel angenommen, so kommt mit den umschriebenen Selbsthilfemassnahmen die Land-



wirtschaft dem Wunsche des Gesetzgebers nach; lehnt der Souverän ab, so erhalten sie erst recht ein entscheidendes Gewicht. *In jedem Falle ist die Selbsthilfe in Rechnung zu stellen*, die sich — die logische Entwicklung — auf dem Boden des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens bewegt: durch Zusammenschluss zu helfen, wo die Kräfte des Einzelnen versagen.

Für die Landwirtschaft hätte die Fortführung der Ordnung, wie sie seit 1942 bis heute auf Grund der bekannten Verfügung Nr. 5 gehandhabt wird, in gewissem Sinne eine Ideallösung bedeutet. Um aber den Vorwürfen, man rechne auf die *staatliche Krücke*, zu begegnen, wurde auf Vorschläge in dieser Richtung verzichtet. Dagegen zeigt das Gebiet des Schlachtviehabsatzes, dass hier genossenschaftliche Kräfte zu aktivieren sind. Wenn sie beizutragen vermögen zu einer sauberen Lösung, durch die der früher undurchsichtige Vermittlungsvorgang von Vieh und Fleisch erhellt wird, findet die Öffentlichkeit an diesen Vorgängen noch ein grösseres Interesse.

## Gewerbepolitische Entscheidungen

Grausige Töne dringen in der letzten Zeit aus Versammlungen und Resolutionen des gewerblichen Mittelstandes in die Öffentlichkeit. Um so wohlthuender wirkt der Artikel, der jüngst aus der Feder von Herrn Nationalrat Dr. Emil Anderegg im Berner «Bund» erschienen ist. Die Ausführungen des St. Galler Gewerbevertreters, der sich schon im Nationalrate für eine realpolitische Haltung in den bedeutsamen Fragen der derzeitigen schweizerischen Gewerbepolitik eingesetzt hat, kennzeichnen den Willen zur Verständigung auf einer für alle Teile akzeptablen Basis. Das von einer tiefen Verpflichtung gegenüber dem gewerblichen Schaffen getragene Streben des Verfassers geht nach einer Lösung der gewerblichen Selbständigkeit resp. Unselbständigkeit aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung, die — trotzdem sie von vielen Vertretern des Mittelstandes momentan als goldene Kettchen, das heisst als heiss ersehnte «Befreiung» von dem Drucke des Fortschrittes und der Leistung empfunden werden — doch im Grunde genommen die geistigen und kulturellen Kräfte echten Gewerbetums zu unterdrücken drohen. Ganz besonders beachtenswert in diesem Zusammenhange ist die strikte Ablehnung der Erteilung von wirtschaftlichen Kompetenzen an die Kantone. — Weniger befriedigend und recht unklar wirkt die Unterscheidung, die Dr. Anderegg zwischen der für das Gewerbe offenbar gefährlichen «Vergenossenschaftlichung» und der «Zusammenarbeit», die das Gewerbe unter sich erstreben soll, macht. Es wird hier offenbar ein Gegensatz konstruiert, der es im Grunde genommen nicht ist, aber doch über die Wege, die der Verfasser weisen will, etwas Schatten wirft, der gerade die in den letzten Jahren zu eher steigendem Misstrauen erzogenen Konsumgenossenschaften vor der gemeinsamen Begehung gerne beseitigt sehen möchten. Immerhin ist der Artikel von Herrn Anderegg ein sehr begrüssenswertes Zeugnis einer gegenüber dem Ganzen verantwortlichen Haltung und des guten Willens, der — wenn ihm allseitig ehrlich Folge gegeben wird — bekanntlich die

Die Vorschläge gehen auch in jener Richtung, die *Struktur und Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft* auf ihre und auf die gesamten volkswirtschaftlichen Bedürfnisse ausrichtet und sich der einmal als richtig anerkannten Umstellung zum vielseitigeren, darum risikofesteren Betrieb nähert. Würde es dazu noch möglich, den Absatz flussend zu halten und allzu stürmische Preisschwankungen auszugleichen, so würde das als notwendiges beruhigendes Element im bäuerlichen Betrieb wirksam. Wir wagen sogar zu glauben, dass dies möglich ist! Sicher aber ist, dass nur der Zusammenschluss dazu helfen wird, ein neues Chaos zu vermeiden. Das erstrebenswerte Ziel liegt darin, auf dem Wege freier Vereinbarung zu einer Verständigung zu kommen, die sich nicht nur im Abschluss von Lieferungsverträgen äussert, sondern im Geiste der Zusammenarbeit überhaupt.

Es ist eine Frage grundsätzlicher Einsicht, mitzuwirken an einer Lösung, die in hohem Masse eine anständige Ordnung nach dem Prinzip «Leben und leben lassen» herbeiführt, anstatt notvollen Zuständen Tür und Tor offen zu lassen.

besten Lösungen fertigbringt. Wir geben deshalb im folgenden dem ganzen Artikel Dr. Andereggs Raum.  
Die Red.

Es ist keine Geheimnis mehr, dass die schweizerische Gewerbepolitik inmitten tiefgreifender Entscheidungen steht. Wir möchten im nachfolgenden versuchen, die neue gewerbepolitische Gesamtsituation zu zeichnen. Im Vordergrund der Entscheidungen steht das Verhältnis des Gewerbes zum Staate. Weite Kreise hegen noch heute die Meinung, dass die existenzielle Sicherung des Gewerbes vom Staate her unternommen werden müsse. Die Frage des staatlichen Schutzes des Gewerbes hat zwei Aspekte, nämlich im Prinzip der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und anderseits im Prinzip der direkten staatlichen Intervention in das Wirtschaftsleben.

Die wirtschaftliche Selbstverwaltung basiert auf der Voraussetzung, dass der Staat Herrschaftsrechte an die Wirtschaft bzw. an die wirtschaftlichen Organisationen und Verbände delegiert. Diese Delegation geschieht durch das Mittel der *Allgemeinverbindlicherklärung* von Verbandsbeschlüssen und Vereinbarungen. Mit dem Mittel der Allgemeinverbindlicherklärung sollte die Selbstverwaltung der Wirtschaft eingeleitet werden. Dieses Prinzip wurde gegen grossen Widerstand in die neuen Wirtschaftsartikel des Jahres 1939 aufgenommen. Bei der Wiederaufnahme der Beratungen der Wirtschaftsartikel in den Jahren 1944/45 musste der Schweizerische Gewerbeverband dieses Postulat gegen den bereits erwähnten Widerstand fallen lassen. In den letzten Entwürfen für die Wirtschaftsartikel ist denn auch das Postulat der Allgemeinverbindlicherklärung nicht mehr enthalten. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass die Selbstverwaltung der Wirtschaft durch das Mittel der Allgemeinverbindlicherklärung von Beschlüssen und Vereinbarungen der Verbände nicht mehr möglich ist. Aus diesen Gründen lässt sich heute in der Schweiz die sogenannte «Verbandswirtschaft» (St. Galler Entwurf) oder die berufsständische Ordnung (Berufskammersystem) oder die korporative Ordnung nicht mehr verwirklichen.



Die *direkte staatliche Intervention* sieht unmittelbare Schutzbeschlüsse für das Gewerbe vor (Warenhausbeschluss, Schuhmacherbeschluss, Autotransportordnung, Hotelbauverbot u. a. m.). Jeder Einsichtige vermag indessen zu erkennen, dass in der direkten staatlichen Intervention kein *allgemeines* Ordnungskriterium für die Wirtschaft zu erblicken ist. Nur bei aussergewöhnlichen Notständen rechtfertigt sich die direkte Intervention. Dass wir einer Periode des kräftigen Abbaues dieser direkten staatlichen Eingriffe gegenüberstehen, das hat die Aufhebung des Warenhausbeschlusses und des Schuhmacherbeschlusses aber auch die Abstimmung über den Verkehrsartikel recht deutlich gezeigt. Dass in der Absage an die umfassende staatliche Intervention auch die Absage an eine Kompetenzerteilung an die Kantone inbegriffen ist, ist selbstverständlich. Die Erteilung von allgemeinen wirtschaftlichen Interventionskompetenzen an die Kantone würde im ganzen gesehen zweifellos zu einer politischen Bevormundung der Wirtschaft führen. Die Beschränkung der direkten staatlichen Intervention schliesst indessen auch die Beschränkung der Verstaatlichung der Wirtschaft ein. Jeder vernünftig denkende Mensch vermag heute einzusehen, dass eine weitergehende Verstaatlichung der Wirtschaft keine Lösung, sondern nur neue Schwierigkeiten bringt.

Mit diesen wenigen grundsätzlichen Hinweisen wird zum Ausdruck gebracht, dass das Gewerbe in der Zukunft, auch bei Annahme der neuen Wirtschaftsartikel, auf den klaren Rechtsboden der Handels- und Gewerbefreiheit gestellt ist, wie er in der Bundesverfassung verankert ist. Diese Situation bedeutet für das Gewerbe aber keineswegs Ohnmacht und Passivität, sondern im Gegenteil erhöhte Anstrengungen und Aktivität. Im wirtschaftlichen Bereich hat sich das Gewerbe mit drei bedeutsamen Tendenzen auseinanderzusetzen. Erstens mit der zunehmenden *Industrialisierung*, zweitens mit der steigenden Tendenz zur *Planwirtschaft* und drittens mit der *Vergenossenschaftlichung* der Wirtschaft.

Wie vermag sich das Gewerbe inmitten dieser grossen Auseinandersetzungen zu behaupten? Nur durch zwei Mittel, nämlich durch die Selbsthilfe und zweitens durch das Prinzip der Zusammenarbeit.

Die *Selbsthilfe* kann jederzeit von jedem Betrieb, von jeder Betriebsgruppe, von jedem Verbandsmitglied ergriffen werden. Die Selbsthilfe bedeutet nichts anderes, als durch eigene Anstrengung die eigene Existenzlage zu verbessern. Von der Eria-Gruppe bis zur Einkaufsorganisation, bis zur gemeinsamen Propaganda stehen ungezählte Möglichkeiten offen, und zwar für jedes Gewerbe. Es wäre aber falsch, zu glauben, dass das Gewerbe nur mit der Selbsthilfe durchkommen könnte. Die Selbsthilfe führt nämlich sehr leicht zur beruflichen Abschliessung und zu monopolistischen Tendenzen.

Aus diesen Gründen muss neben dem Prinzip der Selbsthilfe auch das Prinzip der *Zusammenarbeit* geübt werden. Zusammenarbeit heisst Interessenausgleich, heisst Verständigung. Die Zusammenarbeit wächst als eine höhere Stufe aus der Selbsthilfe hervor. In der Selbsthilfe denkt man nur an sich, in der Zusammenarbeit zieht man das wirtschaftliche Ganze in den Bereich der wirtschaftlichen Überlegungen mit ein. Die Zusammenarbeit im Gewerbe wird sich in der folgenden Hinsicht entfalten müssen, nämlich erstens in der Zusammenarbeit der gewerblichen Berufe unter sich, z. B. der Baumeister mit den Kieselieferanten, der Schreiner mit den Holzhändlern usw. Die Zusammenarbeit erstreckt sich zweitens auf die

drei grossen Wirtschaftsverbände Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie. In der Zusammenarbeit des Gewerbes mit der Landwirtschaft und der Industrie ist man ja bekanntermassen über die allerersten Anfänge noch nicht hinausgekommen. Drittens ergreift die Zusammenarbeit aber auch das Betriebsgrössenproblem, d. h. die Frage der Zusammenarbeit des Gewerbes mit den Grosskaufhäusern, Warenhäusern und Filialgeschäften, und viertens erstreckt sich die Zusammenarbeit auch auf das Verhältnis des Gewerbes mit den Konsumenten und deren Organisationen (Frauenvereine, Konsumvereine, Migros usw.).

Die Zusammenarbeit im Gewerbe hat aber nicht nur einen ökonomischen Aspekt, wie wir ihn soeben gezeichnet haben, sie hat auch noch einen *sozialen* und einen *kulturellen* Aspekt. Die soziale Zusammenarbeit erstreckt sich auf eine bessere Verbindung der beiden Arbeitsparteien, Unternehmer und Arbeiter im Betriebe und im Berufe, z. B. durch das Mittel der Gesamtarbeitsverträge und der Berufskommissionen. Die kulturelle Zusammenarbeit fordert im Gewerbe aktive Bestrebungen, um auf dem Berufsgedanken, d. h. der beruflichen Solidarität, das Nachwuchsproblem und das berufliche Bildungsproblem zu lösen.

Nur skizzenhaft vermochten wir die Wege zu zeichnen, welche das Gewerbe in den kommenden Jahren zu gehen haben wird. Es handelt sich keineswegs um die Aufstellung eines Programmes als vielmehr um die Zeichnung des Weges, auf dem jeder gewerbliche Unternehmer schreiten muss, wenn er nicht nur ein selbständiger Betriebsführer, sondern auch ein mutiger Demokrat und ein freier Schweizer bleiben will.

---

*Tatsächlich befindet sich der Krankheitsherd, von dem ein so grosses hartes Leid über die Menschheit gekommen ist, in der Zone der Gesellschaftsethik, die in alle Kulturbezirke herübergreift, in die Lebensführung, in die Politik, in die Wirtschaft, in die Kunst und ganz besonders in die berufliche Gestaltung des menschlichen Schaffens. Was unsere Generation und die Generationen, die vor uns waren, übersehen haben, ist die Tatsache, dass die menschliche Arbeit nicht nur Hauptfaktor jedweder Gütererzeugung bildet, sondern dass sie zugleich auch Ausgangspunkt, lebensfüllendes Ausgangsmotiv, entscheidender Gradmesser für das sittliche Bewusstsein und für das sittliche Verhalten der Menschen ist.*

\*

*Indem die Arbeit die Herstellung der zum Leben notwendigen und die Lebenshaltung verbessernden materiellen Bedarfsgüter ermöglicht, ist sie zweifellos wichtigster Wirtschaftsfaktor. Indem sie aber zugleich der Pflege und der Vervollkommnung des Lebens in einem höheren göttlichen Sinne dient, wird sie zu einem ebenso bedeutsamen Kulturfaktor. Die Arbeit um der nackten Existenzsicherung willen ist noch keine vollwertige Arbeit; seinen tieferen Sinn und seinen ethischen Gehalt erhält das menschliche Schaffen erst dann, wenn es in der Sphäre des Sittlichen verankert ist, d. h. wenn es vom Bewusstsein getragen wird, mit Körper und Geist, mit Verstand und mit Wille, mit Herz und mit Seele einem Ganzen verpflichtet zu sein.*

Prof. Dr. Th. Brogle



# Es ist nicht recht, dass...

Die Theologische Arbeitsgemeinschaft in Zürich, welche unter der Leitung von Prof. Emil Brunner 140 reformierte Pfarrer zusammenfasst, hat am 11. Februar 1946 folgende Erklärung beschlossen:

In einer Zeit, wo alle Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens erschüttert und in Frage gestellt sind, ist die christliche Kirche in besonderer Weise aufgerufen, der Welt den Gotteswillen zu verkünden, der ihr in Gottes Gesetz und Evangelium geoffenbart ist. Sie kann und darf es aber nicht tun, ohne sich selbst unter das Gericht Gottes zu stellen, das auch über sie ergangen ist wegen ihrer eigenen Untreue, ihrer mangelnden Wachsamkeit und Tapferkeit. Nicht nur der Weltkrieg, sondern auch das Unrecht im Bereich der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse klagen die Kirche an für das, was sie mitverschuldet und vor allem für das, was sie zu tun versäumt hat. Das darf sie aber nicht hindern, sondern muss sie desto mehr bewegen, ihren Dienst der Gewissensschärfung zu tun.

Wohl dürfen wir dankbar feststellen, dass in unserem Lande, dank unserer Verschonung vom Krieg und infolge einer gewissen Verständigungspolitik, die soziale Ungerechtigkeit weniger krass in Erscheinung tritt als anderswo. Aber auch bei uns bestehen Unterschiede im Anteil an den Gaben des Schöpfers und an den Früchten der Arbeit, Ungleichheiten in der Freiheit und Sicherheit des Lebens, die nicht recht und nicht menschenwürdig sind. Es ist nicht recht, dass es auch in unserem Lande Tausende von fleissigen Arbeitern gibt, die ihre Familien nicht ausreichend zu ernähren vermögen, so dass zum Beispiel in einer unserer Grossstädte jede fünfte Person öffentliche Unterstützung beziehen muss.

Klar sind die Postulate, die vom Wort Gottes her aufzustellen sind:

*Es ist nicht recht, dass einzelne im Ueberfluss und Luxus leben, während andere, trotz fleissiger Arbeit, das Nötigste nicht haben.*

*Es ist nicht recht, dass einzelne durch arbeitsloses Einkommen ein Vielfaches von dem «verdienen», was andere mit saurem Fleiss erwerben.*

*Es ist nicht recht, dass Arbeiter, die in guten Geschäftszeiten ihre Arbeitgeber reich gemacht haben, in Zeiten der geschäftlichen Depres-*

*sionen einfach auf die Strasse gestellt werden dürfen und darum stets in der Furcht vor Verdienstlosigkeit leben müssen.*

*Es ist nicht recht, dass in vielen Industrieunternehmungen die Arbeitgeber alles, die Arbeitnehmer aber nichts zu sagen haben.*

*Es ist nicht recht, dass den Kindern der Reichen alle Möglichkeiten der Ausbildung offen stehen, während begabten Kindern von Unbemittelten diese Wege verschlossen sind, weil den Eltern das Geld fehlt oder weil sie auf den Verdienst der Kinder angewiesen sind.*

In alledem muss Wandel geschaffen werden. Solange das nicht geschieht, ist der Klassenkampf von unten unvermeidlich, weil er von oben in der Weise des Beharrens auf ungerechtfertigten Privilegien geführt wird.

Es ist nun allerdings verhängnisvoll, wenn der Wille, eine gerechtere Ordnung zu schaffen, zur Forderung der Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft führt. Denn dieser Weg endet mit Notwendigkeit im Totalstaat, der das grösste aller sozialen Uebel ist und das Maximum an Ungerechtigkeit und Unfreiheit darstellt. Diese kollektivistische Lösung ist keine wirkliche Lösung, sondern eine gefährliche Illusion. Sie führt nicht zu gerechteren und menschenwürdigeren, sondern im Gegenteil zu unerträglich unfreien Zuständen und müsste ausserdem allgemeine Verarmung mit sich bringen. Aber der Ruf nach dieser falschen kollektivistischen Lösung wird nicht verstummen, wenn nicht auf andere Weise, wie sie unseren freiheitlichen Einrichtungen entspricht, der notwendige Ausgleich geschaffen wird.

Die beste Lösung ist diejenige, die in der Schweiz von den Einsichtigeren auf beiden Seiten schon

lange erstrebt wird: Die bindende Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern und die Anpassung unserer Gesetze an die wirtschaftlichen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung. Diese einzig der schweizerischen Demokratie und den Prinzipien der Gerechtigkeit entsprechende Lösung wird aber fortwährend sabotiert durch hartköpfige Einzelne auf Seiten der Privilegierten, die von Verhandlungen überhaupt nichts wissen wollen und von ihrem Herr-im-Haus-Standpunkt erst weichen, wenn ihnen mit dem Streik gedroht wird. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Agitation mit den Ideen des totalitären Kommunismus Boden gewinnt und die Parole vom Klassenkampf immer wieder Zugkraft beweist. Sie sind aber auch schuld, wenn der Staat für immer weitere Kreise als Fürsorger auftreten und infolge davon die Steuerschraube immer mehr angezogen werden muss. Der Fürsorgestaat ist nicht die Lösung; denn er schafft das Unerfreuliche, das Almosen, auf das man Anspruch hat.

Der benachteiligten, arbeitenden Bevölkerung muss ihr Recht werden. Geschieht es nicht freiwillig, so wird es eben mit Zwang geschehen, und der Zwang ist die falsche, die wahrhaft reaktionäre Lösung. Darum muss die christliche Gemeinde im Namen Gottes ihre ernste Mahnung an die Kreise richten, die noch immer nicht gemerkt haben, was die Stunde geschlagen hat. Die Arbeiterschaft, die während der Kriegsjahre in vorbildlicher Weise patriotische Disziplin gehalten hat, hat heute das Recht, ungeduldig zu sein und den dringlich notwendigen Ausgleich zu fordern. Wenn ihr Ruf gehört wird, wird eine gerechte, eine wahrhaft schweizerische Lösung möglich sein; wenn er nicht gehört wird, wird die falsche, die kollektivistische Zwangslösung kommen, mit der weder denen unten noch denen oben geholfen ist.

## Der Vorstand der Theologischen Arbeitsgemeinschaft Zürich

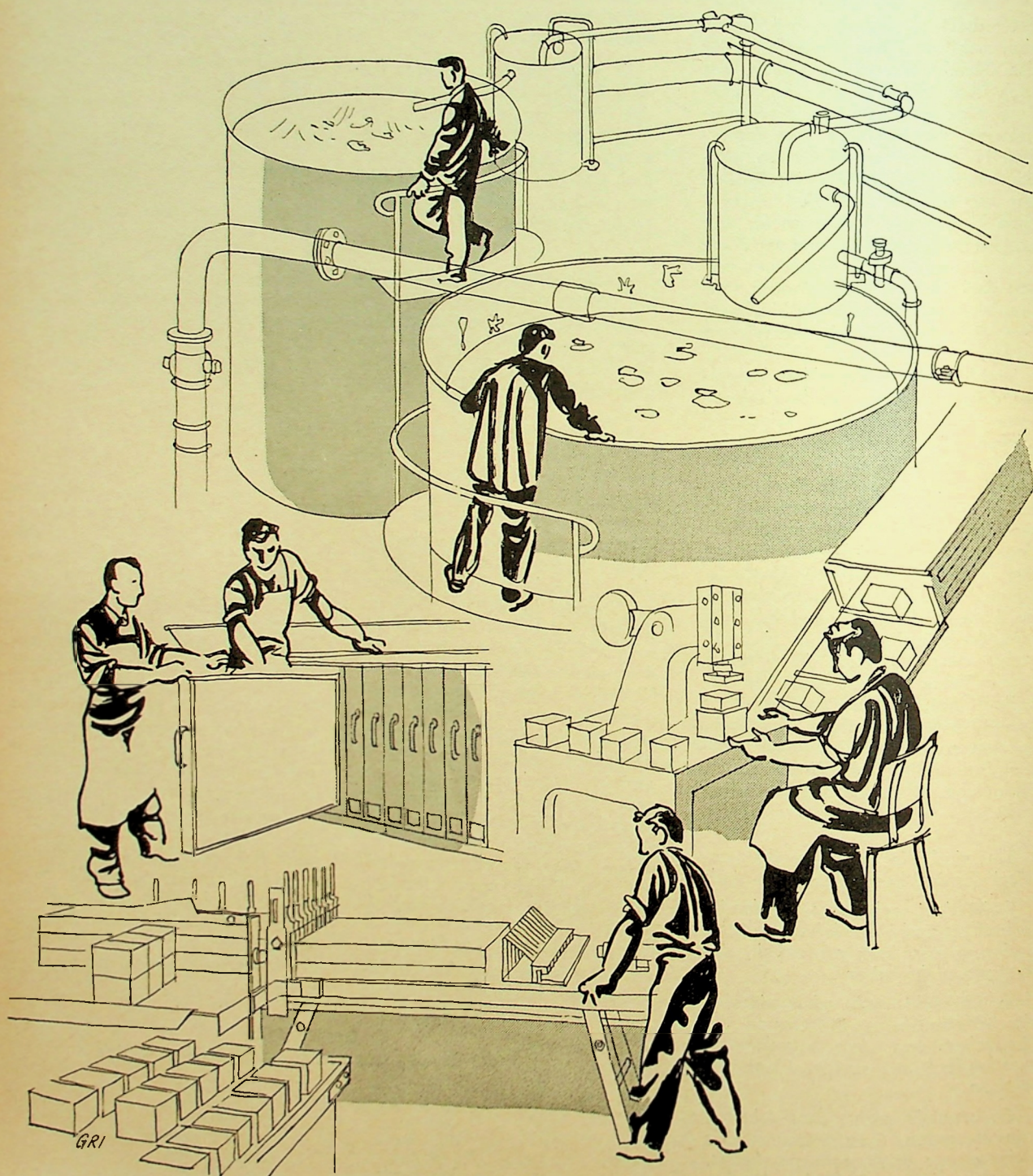
Emil Brunner  
Werner Weibel  
Ernst Hurter  
Hans Maurer  
Ernst Kaul  
Fritz Bäuml

Walter Fuchs  
Ernst La Roche  
Karl Maurer  
Arthur Pfenniger  
Alfred Schmid  
Karl Walder



# Sauber und glänzend in Preis und Qualität

Die Kennzeichen der neuen CO-OP Produkte





**W**as können wir mehr von Seife und Bodenwischse verlangen, als dass sie in so überzeugender Weise zur Verschönerung unseres Lebens beitragen, wie sie das im Glanze der Marke Co-op tun! Ja, erfüllt es uns nicht mit einem gewissen Stolz, jetzt sagen zu dürfen:

*«Besser als wir kann es niemand. Und dazu sind wir erst noch billiger.»*

Gewiss, mit Seifen und einigen nah verwandten Produkten wie auch mit Bodenwischse und Schuhcrème haben wir den Gipfelpunkt noch lange nicht erklommen. Was wir zu präsentieren haben, ist jedoch gewiss ein beachtenswerter Fortschritt, der ermutigt und Vertrauen erweckt. Auch haben wir mit unserem heutigen Appell nicht die Absicht, auf allen den genannten Artikeln die Alleinherrschaft zu beanspruchen. Aber das erwarten wir, und zwar mit aller Bestimmtheit, zu der uns unsere genossenschaftliche Ueberzeugung wie auch diejenige aller ehrlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draussen in den Vereinen das Recht gibt, dass *im Denken der Verwalter und Verkäuferinnen das Co-op Produkt einen ersten Platz einnimmt* — was sich dann besonders überzeugend beim Ausfüllen der Bestellzettel auswirken wird.

In unseren drei Eigenbetrieben, Monthey im Wallis, in St. Gallen und auch in Basel (Produktion 50), ist eine tüchtige Mitarbeiterschaft am Werke, die entschlossen ist, die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Gewiss — im Verhältnis zur Grösse unserer Bewegung präsentieren sich die in drei verschiedenen Landesteilen gelegenen Betriebe eher bescheiden. Das besagt aber nicht, dass

sie nicht in der Lage sind, allen Wünschen gerecht zu werden. Vorerst stehen Kontingentierung, Rationierung, Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung der vollen Entfaltung noch etwas hindernd im Wege. Doch im Rahmen dieser Umstände werden die Leistungen unserer Betriebe weder im Preis noch in der Qualität überboten. Das möge man sich wohl merken.

Die neuen Co-op Produkte, von denen unsere Vereine laufend in den internen Mitteilungen orientiert werden, verdienen einen *Ehrenplatz in allen Genossenschaftsläden*. Wir sind das uns und unserer Idee schuldig, und auch der schärfste Konkurrent erwartet dies nicht anders. Dieser würde höchstens ein sehr mitleidiges oder mali-tiöses Lächeln für uns übrig haben, wenn er einen Blick in unsere Läden werfen und dabei an den schönsten Aussichtspunkten unserer Ladengestelle fremde Marken sehen würde. Mit Recht.

Mit der Bereitstellung der neuen Co-op Produkte in seinen drei Eigenbetrieben hat der V. S. K. ein *Versprechen eingelöst*.

*Nun sind das Wort und die Tat bei den Vereinen und ihren Behörden und Verwaltungen.*

Durch eine sorgfältig organisierte und koordinierte Propaganda werden bald auch die Konsumenten mit unseren Qualitätsprodukten bekannt gemacht. Ihrem Urteil sehen wir mit vollem Vertrauen entgegen. Wir werden gewiss die Hausfrauen für uns gewinnen, wenn uns *Verwaltungen und Verkaufspersonal* energisch und konsequent unterstützen.





## Eine Geschichte der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung

Wenn wir von der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung hören, so denken wir in erster Linie an ihre mächtigen Leistungen auf dem Gebiete der Eigenproduktion und ihr nicht minder hoch entwickeltes Erziehungswesen. Das eine sowohl als das andere ist das Ergebnis der letzten zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre; vor diesen zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren liegt jedoch eine Entwicklungszeit der schwedischen Konsumgenossenschaften, die zwar weniger imposant, aber deshalb nicht weniger interessant, ja vielleicht gerade wegen der vielen Schwächen, die den Konsumgenossenschaften von damals anhafteten, und wegen der Unscheinbarkeit der Bewegung in vielen Beziehungen noch interessanter ist. Bis heute existierten indessen über die Frühgeschichte der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung wohl Studien, die sich auf einzelne Epochen bezogen, und zwar namentlich aus der Feder des heute dem schwedischen Ministerium angehörenden Axel Gjöres, dagegen fehlte es an einer zusammenfassenden Darstellung, einer eigentlichen Geschichte der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung schlechthin.

Diese Geschichte ist nun den schwedischen Genossenschaftlern und dem schwedischen Volke in seiner Gesamtheit im Zusammenhang mit dem Hundertjahresjubiläum der Rochdaler Pioniere geschenkt worden. Sie trägt den Titel «Eine Chronik. Der Weg der schwedischen Konsumgenossenschaften», und ihr Verfasser ist der Professor der Nationalökonomie *Gunnar Westin Silverstolpe*. Es war den Herausgebern daran gelegen, das Buch nicht durch einen «zünftigen» Genossenschaftler, sondern durch einen Aussenstehenden schreiben zu lassen. Wenn die Wahl auf Silverstolpe fiel, so gelangte man aber immerhin nicht an einen der Sache und damit vor allem dem ideellen Gehalt des Konsumgenossenschaftswesens völlig ferne Stehenden. Silverstolpe hat vielmehr mit der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung seit langen Jahren vielfache und enge Beziehungen, und das macht sich in der von ihm verfassten Schrift in der günstigsten Weise geltend. Im übrigen standen ihm in den beiden Leitern der Bibliothek und des Archivs des schwedischen Konsumgenossenschaftsverbandes, Axel Pahlman und Walter Sjölin, zwei Hilfen zur Verfügung, die ihm — und der Verfasser hat Grösse genug, es voll und ganz anzuerkennen — nicht nur die reichen Schätze der Verbandsbibliothek zur Verfügung stellten, sondern ihm auch aus ihrem reichen Wissen freigebig mitteilten. Das war besonders hinsichtlich des zuerst Genannten, Axel Pahlman, insofern besonders wertvoll, als dieser sozusagen von den Anfängen des Verbandes an dabei war und damit nicht nur die ganze Entwicklungsgeschichte des Verbandes aus eigenem Miterleben kennt, sondern auch in das Erbgut, das der Verband bei seiner Gründung übernahm, reichlichen Einblick erhalten hatte.

Wenn der Verfasser seine Schrift mit «Eine Chronik» betitelt, so will er damit zum Ausdruck bringen, dass es ihm nicht darum zu tun ist, ein streng wissenschaftliches Werk zu schreiben, dass er vielmehr den von ihm behandelten Stoff chronikartig in Form aneinandergereihter Einzelschilderungen zur Darstellung bringen will. Diese Form der Darstellung gibt dem Buch vielfach den die Aufmerksamkeit des

Lesers ja bekanntlich in stärkerem Masse fesselnden Charakter eines Romans. Und trotzdem wird man nicht behaupten können, dass darunter die Gründlichkeit gelitten hätte. Mit Silverstolpes «Chronik» haben somit die schwedischen Genossenschaftler und hat somit das schwedische Volk nicht nur die Geschichte der schwedischen Konsumgenossenschaften schlechthin erhalten, Silverstolpes Schrift darf vielmehr gleichzeitig auch als ein Meisterwerk wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Darstellungs-kunst gelten.

Die schwedische Konsumgenossenschaftsbewegung ist jünger nicht nur als die britische, sondern jünger auch als die schweizerische. Das dürfte damit im Zusammenhang stehen, dass der Uebergang von der Natural- zur Tauschwirtschaft in Schweden einige Jahrzehnte später als in Grossbritannien und auch noch etwa zwanzig bis dreissig Jahre später als in unserem Lande einsetzte. So fallen sowohl der Anfang als die einzelnen Epochen und vor allem auch die in jeder nationalen Konsumgenossenschaftsbewegung einen Markstein darstellende Verbandsgründung in eine spätere Zeitepoche als in Grossbritannien und in der Schweiz. Zwar lassen sich erste Spuren von konsumgenossenschaftsähnlichen Gründungen bis 1850 zurückverfolgen. Bei uns reichen aber diese ersten Spuren weiter zurück, und mit der Gründung des Konsumvereins Zürich im Jahre 1851 setzte in der Schweiz die erste Gründungswelle ein, währenddem in Schweden die erste eigentliche Bewegung erst 1867 in Erscheinung trat, als bei uns bereits eine zweite Gründungsperiode ihren Anfang genommen hatte. Gegenüber der Schweiz hat Schweden den grossen Vorteil, dass es auch über die frühen Konsumgenossenschaftsgründungen wenigstens zahlenmässig genau orientiert ist, währenddem wir über die Zahl der vor dem Jahre 1883, das heisst vor der Schaffung des Schweizerischen Handelsregisters, ins Leben getretenen Konsumvereine keine auch nur annähernd der Wirklichkeit nahe kommende Vorstellung haben. In Schweden entstanden von 1865 bis 1880 alles in allem 373 Konsumvereine, wie bei uns rechtlich Vereine oder Aktiengesellschaften, da die Rechtsform der Genossenschaft oder, wie sie in Schweden bezeichnet wird, «Verein zur Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit» erst durch ein Gesetz des Jahres 1895 geschaffen wurde. Es handelt sich also um eine ganz beträchtliche Zahl; aber währenddem in der Schweiz die Gründungen während dieser Zeitepoche wohl etwas weniger zahlreich waren, dafür aber besseren Bestand hatten, schmolzen die schwedischen Konsumgenossenschaften, wie unsere Konsumvereine der 1850er Jahre, mit ganz wenigen Ausnahmen nach kurzer Zeit wieder dahin, und Ende der 1870er Jahre kam es bereits nur noch zu ganz vereinzelter Gründungen.

Eine zweite Gründungswelle ist in den 1880er Jahren festzustellen. Initiant dieser Bewegung, der sogenannten «Ring»-Bewegung, ist L. O. Smith, der selbst sehr begütert, aber sozialen Ideen erschlossen war. Die Smithschen Ringe waren nicht Konsumgenossenschaften im heutigen Sinne, sie waren vielmehr lediglich Konsumentenligen, die, ähnlich einigen schweizerischen Konsumvereinen in ihren Anfängen, mit Privathändlern Rabattverträge abschlossen. Einzelne dieser Ringe entwickelten sich in der Folge zu eigentlichen Konsumgenossenschaften und überstanden die Depressionsperiode der ausgehenden 1880er und beginnenden 1890er Jahre,



die grosse Mehrzahl erlitt aber nach verhältnismässig kurzer Zeit das Schicksal der Konsumgenossenschaften der ersten Epoche.

Neuen Wind in die Segel brachte das Interesse, das gegen Ende der 1890er Jahre die Vertreter der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung den Konsumgenossenschaften entgegenzubringen angingen. Bis dahin hatte man in diesen Kreisen, und zwar nicht nur in Schweden, die Konsumgenossenschaften als kleinbürgerliche Versuche, die Arbeiter von ihren eigentlichen, revolutionären Zielen abzubringen, betrachtet. Unter dem Einfluss der revisionistischen Richtung begann man nun aber, die Konsumgenossenschaften mit ganz anderen, wohlwollenderen Augen anzusehen. Diese veränderte Einstellung führte zu neuen Konsumgenossenschaftsgründungen und, noch kurz vor der Jahrhundertwende, 1899, zur Bildung des Verbandes, Kooperativa Förbundet.

Die Haupttriebfeder für die Verbandsgründung war der Präsident des 1897 auf seine Initiative ins Leben gerufenen Arbeiterkonsumvereins Stockholm, Axel Rylander. Silverstolpe widmet dieser bedeutenden, aber schon nur ein Jahr nach der Verwirklichung ihres Lieblingsgedankens aus dem Leben gerufenen Persönlichkeit eine von warmer Anteilnahme getragene Schilderung. Ebenso finden sich in seinem Werk knappe, aber sehr inhaltsreiche und treffende biographische Notizen über den bereits genannten L. O. Smith, über die «Feuerseele» der ersten Jahre des Verbandes, Martin Sundell, und über die drei Hauptfiguren der Aufstiegszeit des Verbandes, Albin Johansson, Anders Oerne und Axel Gjöres.

Die zu der Gründungsversammlung des Verbandes einberufenen Vereine waren je ein Konsumverein der drei grössten Städte des Landes, Stockholm, Göteborg und Malmö. Man könnte somit glauben, dass der Verband in den ersten Jahren seine Hauptstütze in diesen drei Städten gefunden hätte. In Tat und Wahrheit verschwanden aber alle drei Konsumvereine schon nach verhältnismässig kurzer Zeit, und es ist als ein besonderes Glück zu betrachten, dass der Verband inzwischen so weit erstarkt war, dass er in den Untergang dieser drei Konsumvereine nicht hineingezogen wurde.

In den ersten Jahren war Kooperativa Förbundet, gleich dem V. S. K., nur ein Verband für die Vertretung der gemeinsamen Interessen der ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Während kurzer Zeit bestand neben dem Verband eine besondere Grosseinkaufsagentur in Malmö. Diese erlitt aber schon 1903 Schiffbruch, und es ist als ein kleines Wunder anzusehen, dass trotzdem der Verband im folgenden Jahre selbst die Warenvermittlung an die Hand nahm, zunächst auch nur in der Form einer Agentur, und erst, nachdem sich die Agentur als lebensfähig erwiesen hatte, auch als eigentliche Grosseinkaufsstelle. Im Gegensatz zu anderen nationalen Konsumvereinsverbänden betätigte sich Kooperativa Förbundet schon früh auf dem Gebiet des Versicherungswesens, zuerst durch Gründung einer Mobiliar- und wenig später auch durch Gründung einer Lebensversicherungsgenossenschaft. Früher als in anderen Ländern entstand in Schweden auch eine genossenschaftliche Frauengilde.

Die kräftigste Stütze fand der Verband in seinen ersten Jahren in Martin Sundell, den die schwedischen Genossenschafter von heute als den grossen

Mann ihrer Bewegung überhaupt betrachten. Zusammen mit dem schon erwähnten, heute noch im Verband tätigen Axel Pahlmann, verstand er es, die vielfachen Schwierigkeiten, die sich besonders in den Anfangsjahren zeigten, zu überwinden. Ihm ist es vor allem zu verdanken, dass die Rochdaler Grundsätze, die vor der Gründung des Verbandes, ganz genau wie bei uns, keineswegs restlos befolgt worden waren, allgemein Eingang fanden und dadurch die Konsumgenossenschaften die innere Stärke erhielten, die allein die Beständigkeit garantieren konnte, die der Konsumgenossenschaftsbewegung bis dahin gefehlt hatte. Aber wie Axel Rylander, so wurde auch Martin Sundell schon in jungen Jahren, nämlich erst dreissig Jahre alt, hinweggerafft, und zwar, wie schon Axel Rylander, durch die typische Krankheit der unteren Volksschichten von damals, die Auszehrung.

Mit dem ersten Weltkrieg setzte eine starke Konzentrationsbewegung ein. Das gilt namentlich für die grossen Städte, und unter ihnen wiederum in erster Linie für deren grösste, Stockholm. Wir haben bereits gesehen, dass der von Axel Rylander geleitete Arbeiterkonsumverein Stockholm nach wenig Jahren das Zeitliche segnete. Andere hatten etwas besseren Bestand, waren und blieben aber auf kleinere Personenkreise beschränkt. Während des Krieges erfolgte unter der Leitung des späteren Präsidenten von Kooperativa Förbundet, Albin Johansson, die Fusion einer Anzahl dieser Konsumvereine zum Konsumverein Stockholm. Zu den Konsumvereinen, aus denen der grosse Konsumverein Stockholm hervorging, gehört auch die Genossenschaft «Svenska Hem» (Schwedisches Heim), die insofern eine besondere Erwähnung verdient, als sie nur Frauen zur Mitgliedschaft zuließ. Auch sonst ging ein ausgesprochener Konzentrationsprozess vor sich, und es ist nur auf diese Tatsache und keineswegs auf Stagnation zurückzuführen, dass die Zahl der Verbandsvereine von 942 im Jahre 1920 auf 678 im Jahre 1943 zurückging. Ganz ähnlich sind die Verhältnisse in Grossbritannien, währenddem bei uns die Konzentrationsbestrebungen, nachdem sie während einigen Jahren, und zwar so ziemlich um dieselbe Zeit, ebenfalls deutlich in Erscheinung getreten waren, unter dem Einfluss der Theorie des kleinen Kreises von Munding und Jaeggi erlahmten.

Nachdem er seine Aufgabe im Konsumverein Stockholm erfüllt hatte, trat Albin Johansson wieder in den Dienst des Verbandes ein; und damit beginnt nun die Blütezeit des Verbandes und der Konsumgenossenschaften, in der sich die Bewegung augenblicklich noch befindet. Da diese letzte Epoche in weiten Kreisen bekannt ist und ihr, wohl gerade aus diesem Grunde, auch Silverstolpe einen verhältnismässig kleinen Raum gewährt, sehen wir davon ab, auf sie näher einzutreten.

Silverstolpes Schrift darf ohne Uebertreibung, wir wiederholen es, als ein Meisterwerk schriftstellerischer Tätigkeit auf wirtschafts- und sozialgeschichtlichem Gebiete angesprochen werden. Wir haben in unserer Besprechung, um nicht selbst eine Schrift zu verfassen, nicht im einzelnen darauf hingewiesen, dass die Schilderung der Konsumgenossenschaftsbewegung in eine Schilderung der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eingebettet ist. Eine Verflechtung mit einer Behandlung der allgemeinen Verhältnisse lag dem Verfasser als Nationalökonomem begreiflicherweise besonders nahe. Sie trägt aber auch wesentlich dazu bei, verständ-



lich zu machen, warum gerade gewisse Zeiten Blüte- und andere Depressionsperioden der Konsumgenossenschaftsbewegung waren und warum sich in den verschiedenen Epochen die Bewegung gerade so gestaltete, wie es tatsächlich der Fall war, und nicht anders. Der glänzenden Darstellung entspricht eine vorzügliche drucktechnische Gestaltung. Schliesslich tragen reichliche, aus dem grossen Schatz des Archives von Kooperativa Förbundet mit Geschick ausgewählte Illustrationen dazu bei, den chronikartigen Charakter der Schrift zu unterstreichen. Es verbleibt uns somit zum Schlusse nichts weiter, als unserem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, dass die Schrift nicht oder, vielleicht besser gesagt, nicht auch in einer Sprache abgefasst ist, die einem grösseren Teil der Menschheit zugänglich ist als die schwedische. Bestimmt würden die Bekanntheit mit der Schrift und die sympathische Art, womit sie dem Leser die Kenntnis insbesondere der Vor- und Frühgeschichte der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung vermittelt, wesentlich dazu beigetragen, die sehr hohe Schätzung, der sich die schwedischen Konsumgenossenschaften bereits erireuen, zu erhöhen.

h.

## Wurde die Rochdaler Genossenschaft von Abstinenten gegründet oder nicht?

Volles Licht in diese Frage, die seitens der Freunde der Abstinenz so gerne in ihrem Sinne entschieden wird und ihnen als Grundlage zu ihrer Forderung nach Unterlassung des Verkaufs alkoholhaltiger Getränke in Konsumgenossenschaften dient, hat der Rochdaler Genossenschafter W. Henry Brown gebracht. Dieser verfasste die Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der Pioniergenossenschaft und ist heute dank seiner Studien wie wohl kein zweiter beruhen, Authentisches über ideelle und materielle Grundlagen der historisch so bedeutsamen Genossenschaft mitzuteilen. Der ihm übermittelten Bitte, Auskunft über die Stellung der Rochdaler Pioniere zur Abstinenz zu geben, kam er in einem Schreiben an Herrn Handschin, Bibliothekar des V. S. K., gerne nach. Herr W. Henry Brown führte dabei aus:

«Die Pioniere betrieben keine Brauerei und hatten auch nie die Absicht, eine solche in Betrieb zu setzen. Ebenso sicher ist, dass sie nie berauschende Getränke (Schnaps — der Uebersetzer!) verkauften. Ausserdem beschlossen sie (siehe Seite 23 meiner Geschichte), ein Temperenzhotel zu errichten, was den Schluss nahe legt, dass sie an Brauereiprodukten kein Interesse hatten.

Guy Hayler war ein enthusiastischer Verfechter der Abstinenz. Ich lernte ihn vor 20 Jahren kennen und schätze ihn hoch wegen seines edlen Charakters. Aber er kannte die Genossenschaftsbewegung nicht genau und war deshalb auch nicht hinlänglich befugt zu sagen, sie gehe in ihren Ursprüngen auf Abstinenten zurück. Das war ganz bestimmt nicht der Fall. Verschiedene Pioniere waren fleissige Benützer der Wirtschaft «Weavers' Arms», und (siehe Seite 78 meiner Geschichte) James Smithies, der eifrigste Verfechter ihrer Sache, trank, als der Graf von Paris Rochdale besuchte, zum Wohl auf die Pioniere mit «selbstgebrautem Bier».

1850 wurde in Rochdale eine Genossenschaftsmühle gegründet, allerdings nicht durch die Pioniere, sondern durch eine Anzahl von «Kunden des Restau-

rant 'Eléphant and Castle'». Eine Zeitlang kamen sie hier zusammen, und später verlegten sie ihre Versammlungen nach den «Weavers' Arms». Später luden sie die Pioniere ein, die Zusammenkünfte in ihrem Laden abzuhalten (siehe Seiten 70 und 71 der Geschichte). Die Mühle wurde eröffnet und im Jahre 1869 um eine Malzdarre erweitert, was dazu beitrug, vorher entstandene Verluste auszugleichen.

Das ist die ganze Geschichte. In den 1840er Jahren war Tee für den Grossteil des arbeitenden Volkes zu teuer und Bier das wichtigste Getränk, das sie dazu benützten, ihre kärglichen Mahlzeiten zu würzen. Und die Pioniere waren bestimmt keine Abstinenten, sie waren vielmehr gewöhnliche Arbeiter, deren Getränkewahl durch die schwache Leistungsfähigkeit ihrer Geldbeutel bestimmt wurde.»

## Verschiedene Tagesfragen

«Gehen uns die Augen immer noch nicht auf?» Unter diesem Titel weist der wachsame Sekretär des Bäckermeisterverbandes in der «Schweizerischen Bäcker- und Konditor-Zeitung» auf die genossenschaftlichen Fortschritte hin und führt diese in erster Linie auf die *intensive genossenschaftliche Propaganda* zurück. Ob der Eindruck, den er mit seinem Hinweis auf die «Millionen von Franken» erweckt, die die Genossenschaftsbewegung für Propaganda ausgibt, richtig ist, sei dahingestellt. Jedenfalls ist die Summe gross, und zwar so gross, dass wir uns von *unserem* Standpunkt aus fragen, ob der Erfolg auch wirklich dem Einsatz entspricht. Immerhin dürfte so viel feststehen, dass mit den eingesetzten Mitteln ein noch grösserer Erfolg erreicht werden könnte, wenn stets die *notwendige Koordination* da wäre. Solange die Mittel noch nicht einheitlich auf das gemeinsame Ziel ausgerichtet sind, solange wird entweder Geld unnütz vertan oder nur ein Teil des möglichen Erfolges erstrebt.

Die «Bäcker-Zeitung» enthält Ueberlegungen, die wir zur Kenntnis nehmen wollen. Wir lesen u. a.:

Der Verband schweiz. Konsumvereine meldet einen Gesamtumsatz des Jahres 1945 von zirka 289 Millionen Franken. Der Mehrumsatz gegenüber dem Vorjahre beträgt rund 13.5 Millionen Franken, was rund 4,9 % des Jahresumsatzes 1944 ausmacht.

Es würde zu weit führen, allen Ursachen nachzugehen, auf die dieser Mehrumsatz zurückgeführt werden kann. Einen Umstand möchten wir jedoch hervorheben, und das sind die sehr grossen Anstrengungen, die in bezug auf Reklame und Propaganda gemacht werden. Der V. S. K. hat im Jahre 1945 für Presse und Propaganda die gewaltige Summe von 841 000 Franken (1944: 825 000 Franken) ausgegeben. Dazu kommen noch die ebenso grossen Aufwendungen der 552 angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Wir übertreiben nicht, wenn wir feststellen, dass die Genossenschaften Jahr für Jahr Millionen von Franken für Propaganda und Presse, also für die Beeinflussung der Öffentlichkeit und der Konsumenten auslegen.

### Was sagen uns diese Zahlen und diese Tatsachen?

Man muss mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht sieht, wohin diese Entwicklung führt. Wenn die Angehörigen des Bäckergewerbes nicht die Rasse aufbringen, sich zu wehren, wenn wir es für unnötig halten, die Öffentlichkeit zu beeinflussen und für uns zu gewinnen, wenn wir die Ausgaben die damit verbunden sind, nicht auf uns nehmen wollen, dann haben wir später auch keinen Grund, uns zu beklagen, wenn sich der Geschäftsgang wieder anders entwickelt, als es während der letzten Jahre der Fall war.

### Lernen wir vom Gegner!

Gibt es überhaupt einen einzigen Bäckermeister, der ernstlich glaubt, der V. S. K. und die angeschlossenen Konsumgenossenschaften verausgaben die Millionen von Franken Jahr für Jahr zum blossen Vergnügen, bloss weil etwas Propaganda getrieben werden sollte? Liegt es nicht sonnenklar auf der Hand, dass sich diese Reklamegelder lohnen, dass sie hundertfach rentieren?

Wie die Konsumvereine, so befolgen die Migros, die Warenhäuser und Filialgeschäfte die gleiche Politik, einen bestimmten Prozentsatz der Umsätze für Propaganda und Reklame auszugeben. Wir haben Mitglieder, die glauben, eine grosse



Tat geleistet zu haben, wenn sie einen einzigen Fünftel jährlich für Propagandazwecke dem Berufsverband einbezahlen. Unzählige Mitglieder betrachten jeden Rappen, der für Propaganda bezahlt werden muss, als überflüssige Ausgabe.

Wir dürfen gar nicht daran denken, wohin es führt, wenn unsere Leute nicht endlich die Einsicht aufbringen, die Einsicht, dass auch wir uns wehren, und zwar tüchtig wehren müssen. Nicht nur auf dem Gebiete der Propaganda und Reklame, sondern überall, auf der ganzen Linie. Dies zu bewirken, ist das Ziel der Selbsthilfe, die die Geschäftsleitung seit Jahren immer und immer wieder den Mitgliedern dringend empfiehlt.

### Aus der Praxis

#### Ruhestandsprobleme

\* Was soll der Mensch anfangen, wenn er sein gewohntes Arbeitsfeld verlässt und sich in den Ruhestand begibt? Diese Frage — so meint ein Mitarbeiter des Fachorgans der britischen Konsumgenossenschaftsverwalter — wird zweifellos auch manchen Genossenschaftsfunktionär beim Herannahen des Rücktrittsalters beschäftigen. Und mancher wird vielleicht bald festzustellen geneigt sein, dass er sich wohler fühlte, als er zu viel Arbeit hatte, als jetzt, wo er zu wenig zu tun findet.

Ein Genossenschaftsbeamter meinte daher, man sollte sich schon zwölf Monate vor dem Pensionierungszeitpunkt einen Plan aufstellen, wie man die kommende Freizeit zu verwenden gedenke. Wir glauben aber, dass, wenn von einem solchen Plan überhaupt die Rede sein könnte, zwölf Monate für die Ausarbeitung nicht genügen würden. Es kommt eben ganz auf die Veranlagung und die Anpassungsfähigkeit eines Menschen an, wie er sich mit dem Problem abfinden wird, und meistens wird es gehen wie mit dem Erlernen der Schwimmkunst: zuerst muss man ins Wasser gehen, bevor man Schwimmen lernen kann. So wird man wohl auch den Ruhestand erst richtig zu verwenden lernen, wenn man sich darin befindet. Vielleicht wäre es aber doch nicht ganz überflüssig, die Erfahrungen und Ansichten bereits seit längerer Zeit Pensionierter einzuholen und den Neulingen eine Art Ruhestandsführer zur Verfügung zu stellen. Es werden ja von den Amtsstellen so viele Erhebungen über alle möglichen und unmöglichen Dinge veranstaltet — warum nicht auch einmal eine über die Art, wie Pensionierte ihre Freizeit gestalten?

Da besteht z. B. die Möglichkeit der weiteren Ausbildung auf diesem oder jenem Gebiete. Denn es stimmt durchaus nicht, dass der Mensch im Alter nicht mehr lernfähig sei. Das Sprichwort, dass man nie zu alt sei, um noch etwas hinzuzulernen, enthält viel Wahres. Wie gesagt: das Temperament, die Veranlagung gibt den Ausschlag. Viele wiederum treten ins öffentliche Leben ein, stellen sich gemeinnützigen, geselligen oder politischen Organisationen zur Verfügung. Da ist dann allerdings die Frage berechtigt, ob es nicht besser gewesen wäre, damit in jüngeren Jahren zu beginnen. Dann gibt es aber auch noch so viele Liebhabereien, mit denen man sich früher aus Zeitmangel nie abgeben konnte, und — es gibt Bücher!

Wer aufgeweckt bleibt, sich selbst und den Mitmenschen gegenüber die richtige Einstellung findet, der wird sicherlich rasch die neue Lage meistern, sich für Dinge interessieren lernen, an die er vorher gar nicht dachte, da er nichts anderes im Kopfe hatte als seinen Beruf.

Als man einen glänzend bezahlten Beamten einst fragte, was er im Ruhestand zu tun gedenke, gab er die Antwort: «Es gibt eine Gottheit, die über unser Tun bestimmt, gleichviel wie wir es auch gestalten möchten.» Das lehrt uns, dass es nicht ratsam ist, alles bis aufs kleinste vorausordnen zu wollen. Das beste ist, was wir tun können, uns mit einem Rüstzeug zu versehen, das uns erlaubt, alle sich bietenden Möglichkeiten auszunutzen. Und Emerson lehrt uns: «Jegliches Ding, das euch bestimmt ist, wird von selbst zu euch hinstreben.»

#### Was wird immer wieder falsch gemacht?

Man kann dem Verkaufspersonal immer und immer wieder sagen: Freundlich sein! Keine Privatunterhaltung, wenn der Käufer wartet! Kein lautes Rufen! Immer flink handeln! Sich nirgends stützen! Mit der Ware wie mit seinem Eigentum umgehen!

Trotzdem kommen immer wieder Fälle vor, die einfach nicht vorkommen sollten.

Die nachfolgend stichwortartig eingefügten und mit Käuferaugen betrachteten Feststellungen sollen uns davor behüten, ähnliche Fehler zu begehen: Das haben wir nicht. — Das führen wir nicht. — Das bekommen Sie nirgends. — Das weiss ich nicht. — Zu wenig überzeugend erklärt. — Die Vorteile nicht dargelegt. — Beim Sprechen nicht zum Käufer gewendet. — War eigentlich «abwesend». — Begrüsste den Käufer nicht. — Verabschiedete sich nicht vom Käufer. — Bediente andere Käufer ohne jede Entschuldigung. — Liess mich stehen. — Führte ein Privatgespräch mit einer anderen Verkäuferin. — Wurde ohne Entschuldigung abgelöst. — Wollte ihre Meinung aufdrängen. — Kurz angebunden. — Zu wenig wohlwollend. — Ungepflegt. — Nadeln an Kleidern wie Borstentier. — Schmutzige Hände. — Zu aufgedonnert. — Wollte mich zu rasch wieder loswerden. — Lautes Rufen im Verkaufsraum. — Verzehrte Speisen unter den Augen von Käufern. — Abfällige Aeusserungen über Mitverkäuferin. — Kaut an Fingernägeln. — Spricht herableiernd und teilnahmslos. — Gibt keine Aufklärung über die Verwendung. — Vermag das Charakteristische nicht herauszuheben. — Hat zu wenig Phantasie. — Besitzt kein Einfühlungsvermögen. — Sieht abgespannt aus. — Es fehlt ihr an Frische. — Ist unfreundlich und abstossend. — Bedient zu langsam. — Zeigt zu wenig Ware. — Legt keine richtige Auswahl vor. — Fühlt sich zu wenig in den Käufer hinein. — Verkauft den Preis und nicht die Ware. — Fühlt nicht, was der Käufer will. — Aeusserte sich abfällig über den Geschmack des Käufers. — Berätet zu wenig. — Mutet dem Käufer zu geringe Kaufkraft zu. — Lässt den Käufer spüren, dass er wegen Geldmangels billig kauft. — Zeigt Aergergefühle. — Holte keine gewandtere Verkäuferin. — Unbeschäftigt, liess mich stehen. — Verwechselte meine Ware mit der eines anderen Käufers. — Die Notizen waren auf einem schäbigen Papier. — Man fühlt sich irgendwie fremd. — Mangelnde Fachkenntnisse sind offensichtlich. — Die Umgangsformen sind zu wenig nett. — Es fehlt an Geduld und Selbstbeherrschung. — Bat den Käufer nicht, zu warten. — Bot keinen Stuhl an. — Gab ihm nichts zum Ansehen. — Alles scheint routinemässig. — Kennt den Namen von Stammkäufern nicht. — Ist nicht vom Käuferdienst beseelt. — Die Handschrift ist fast unleserlich. — Kennt das Warenlager zu wenig. — Muss Dinge lange suchen. — Muss andere fragen, also stören. — Ein Misserfolg scheint ihr schnuppe. — Ihr ist der Arbeitsschluss und der Zahltag am wich-



tigsten. — Die Ware kommt im düsteren Raum wenig zur Geltung. — Die Verkäuferin glaubt selbst nicht an die Möglichkeit eines Verkaufs. — Macht die Ware nicht begehrenswert. — Der Verkaufsraum ist unsauber. — Die Ware ist nicht geordnet. — Alles scheint unaufgeräumt. — Kurzangebunden und schnippisch. — Die Worte wirken nicht überzeugend. — Gewohnheitsmässig und alltäglich. — Telefongespräche stören. — Ein anderer Käufer scheint der Verkäuferin wichtiger. — Die Frau Doktor wird zuvorkommender behandelt. Ist mein Geld weniger wert? — Geht auf aussergewöhnliche Wünsche gar nicht ein. — Aeusserungen zu wenig zurückhaltend. — Die Worte sind zu wenig gewählt. — Zu burschikos. — Die Ausführungen zu wenig persönlich. — Zu unruhig. — Abfällige Aeusserungen über andere Käufer und über die Konkurrenz. — Stützt sich auf den Tisch. — Tuscheln über die Käufer. — Weist mit dem Finger über die Schulter, statt den Käufer zu begleiten. — Frisiert sich im Verkaufsraum. —

Halten wir gleich noch einige Punkte fest, die ebenfalls wichtig sind: Waren weg, bevor sie Ladenhüter werden. — Die Verkaufskosten möglichst niedrig halten. — Verkaufen, was die Käufer wünschen. — Mit der Zeit gehen. — Ausstehende Forderungen rechtzeitig eintreiben. — E. L.

### Bildungswesen

#### Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel

Neugründungen sind diesmal nicht zu verzeichnen. Dagegen haben wir an früheren Gründungen nachzutragen 3 Zirkel der Coöperatives Réunies von La Chaux-de-Fonds (4.-6. Zirkel) und je 1 Zirkel der Verbandsvereine Chamoson und St. Gallen. Damit erreicht die Gesamtzahl der Zirkel 132, und zwar 84 in der deutsch-, 44 in der französisch- und 4 in der italienischsprachigen Schweiz.

Die genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Bern veranstaltet je einen Filmabend in Kehrsatz (am 20. März) und in Köniz (am 21. März) mit Kurzreferaten von Grossrat Hans Althaus am ersten und Nationalrat Dr. Max Weber am zweiten Abend.

Aufforderungen zur Mitwirkung in Studienzirkeln finden sich noch in den Lokalausgaben von Romanshorn und St. Gallen.

### Mehr anbauen oder hungern?

#### Schollengenossenschaft Winterthur

\* Dieses Pflanzwerk wurde im Jahre 1942 gegründet und übernahm in der Folge die Erfüllung der Industrie-Anbauverpflichtung des Konsumvereins Winterthur. Die 94 Mitglieder, die sich zum grössten Teil aus dem Kreise des Konsumvereins Winterthur rekrutieren, arbeiteten im Jahre 1945 insgesamt 10 343 Stunden auf dem 546 Aren messenden Areal, das sich aus 15 verschiedenen Aeckern zusammensetzt. In Zeiten starken Arbeitsandranges halfen auch Mitglieder-Frauen und -Kinder mit, während einige Schulklassen sich an der Jätarbeit beteiligten, deren Erlös sie der «Schweizer Spende» schenkten.

Während Weizen, Zuckerrüben, Mais, Zwiebeln, Sellerie, Lauch und Rübli gut bis sehr gut gerieten, versagten leider die Frühkartoffelfelder, was eine fühlbare finanzielle Einbusse brachte. Die Gesamternte wog immerhin über 63 Tonnen. Zu Produzentenpreisen gerechnet beträgt der gesamte Erntewert rund Fr. 14 300. Die «Scholli»-Mitglieder, die das erste Anrecht auf die Produkte haben, bezogen 38 360 kg im Wert von Fr. 9000. Mit verhältnismässig wenig Mühe konnte sich so mancher Familienvater und manche Hausfrau den Winter-vorrat an Kartoffeln und Gemüse erarbeiten, und die meisten erhielten obendrein noch einen Bar-Zahltag.

Die Mitglieder arbeiten aber nicht nur um des materiellen Ertrages willen, so angenehm dieser ist. Im Lauf der Jahre hat sich manch ilotte Arbeitskameradschaft entwickelt, und

man weiss die Feldarbeit immer kurzweilig zu gestalten! Die Abwechslung in der Tätigkeit und die damit verbundene Entspannung wirken befreiend. Besonders neben der seelischen Belastung, die die Kriegsnachrichten brachten, waren die Arbeit in der freien Natur und das Beobachten ihres stillen Werdens und Vergehens eine Nervenberuhigung, die kaum überschätzt werden kann.

Die Generalversammlung beschloss, entsprechend der verbesserten Lebensmittelversorgung, das Pflanzareal etwas zu reduzieren, dagegen auf dem verbleibenden Areal in stärkerem Masse als bisher Brotrüben und Zuckerrüben anzubauen. Auf Gemüsepflanzungen wird entsprechend dem kleineren Bedarf ganz verzichtet. — Der Vorstand wurde in globo bestätigt, wobei Konsumverwalter E. Ensner als Präsident und H. Zindel als Geschäftsführer amten.

### Eingelaufene Schriften

(Die folgenden Schriften sind auch leihweise von der Bibliothek des V.S.K. erhältlich.)

Eidg. Zentralstelle für Kriegswirtschaft: Die Sozialpolitik des Bundes. 1945. 200 S. + Nachtrag (4 S.).

Fauquet, Gustave: La Vente à crédit et les Coopératives d'Epargne et de Crédit. 15 S.

Fau, Alain: Le salaire proportionnel. Paris, 1945. 133 Seiten. Fr. + 6.20.

Ferrière, Ad.: Maisons d'Enfants de l'après-guerre. Neuchâtel, 1945. 159 S.

Fischbacher, J.: Die Bedeutung der Bürgschaftsgenossenschaften für das Kreditwesen. St. Gallen, 1945. 21 S. Fr. + 1.56.

Flori, Georges: L'Escompte dans le petit commerce de détail. Genève, 1944. 189 S. Fr. + 4.16.

Förter, Karl: Antiqua. Eine praktische Anleitung, nach der man jede Schrift im Selbstunterricht leserlicher und flüssiger schreiben lernen kann. Bern, 1945. 36 S. Fr. + 2.50.

Frauchiger, Friedrich: Kaufmännisches Rechnen. Zürich, 1945. 124 S. Fr. + 4.65.

Frei, Erwin: Buchhaltung, Kalkulation und Statistik. I. Teil: Warenhandel. Erste Stufe: Grundsätzliches. Zürich, 1945. 24 S.

Friedmann, Fritz: Kleine Textilkunde. Frauenfeld, 1945. 127 S., mit Tabellen. Fr. + 4.50.

Friedmann, Fritz: Marktuntersuchung als Grundlage planmässiger Werbung. 15 S.

Gafner, Max: Die Bedeutung des sozialen Tourismus für Volksgesundheit und Volkswirtschaft. St. Gallen, 1944. 24 S.

Gerber, Hans: Die Belastung der Konsumenten, speziell unterer Einkommensschichten und grosser Familien, durch die Warenumsatzsteuer. Bern, 1945. 115 S. Fr. + 5.20.

Giacometti, Z.: Das Vollmachtsregime der Eidgenossenschaft. Zürich, 1945. 86 S. Fr. + 6.25.

Gittermann, Valentin: Geschichte Russlands. Zürich, 1945. 539 S. + 65 Ill. + 7 Kart. Fr. 9.—.

Graf, H.: Der Weg zum Wohlstand. Afoltern am Albis, 1945. 132 S. Fr. + 3.80.

Groupement National des Coopératives de Consommation: Hommage à la mémoire des Equitables Pionniers de Rochdale. 21 décembre 1844 — 21 décembre 1944. Paris, 1945. 31 S.

Guénot, Jeanne, et Bonnet, R.: Le vendeur. Paris. 232 S. Fr. + 3.02.

Guggenheim, Paul: Völkerbund, Dumbarton Oaks und die Schweizerische Neutralität. Zürich, 1945. 112 S. Fr. + 4.50.

Handschin, Hans: Warum Genossenschaftliche Studienzirkel gerade jetzt? Basel, 1945. 9 S.

Hayek, F. A.: Der Weg zur Knechtschaft. Erlenbach-Zürich, 1945. 304 S. Fr. + 10.90.

Huber, Albert: Die Anwendung des Lochkartenverfahrens im Warenhaus. Bern, 1945. 99 S., mit Tabellen. Fr. + 6.60.

Internationales Arbeitsamt: Studien über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. 1930. XI + 286 S. m. Tab. Fr. + 6.50.

— Studien über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. VIII + 176 S. m. Tab. Fr. + 4.16.

Jucker, Ernst: Erlebtes Russland. Bern, 1945. 286 S. Fr. + 9.90.

Käfer, Karl: Gewerbliche Buchführung. I. Teil: Stoff der gewerblichen Lehrabschlussprüfung. Zürich, 1944. 127 S. Fr. + 3.64.

Kientsch, Albert: Die Entwicklung und Bedeutung der schweizerischen Eier- und Geflügelwirtschaft. Küssnacht/Zürich, 1944. 36 S. Fr. + 1.56.



# Gutes leisten — auch in der Werbung!

## Vorsicht mit Superlativen

Dr. Friedrich Frank schreibt im «Wirtschaftsdienst»: Gehen wir einmal vom Extremen aus: Die längste Abhandlung ohne Superlative ist ohne weiteres verdaulich. Aber schon drei Sätze mit lauter Superlativen sind absolut ungeniessbar. Daraus ergibt sich, dass man eigentlich überhaupt ohne Superlative auskommt und sie auf jeden Fall sehr sparsam verwendet werden müssen. Wenn man den Text im ersten Wurf unterschreibt, braucht man darauf noch nicht zu achten. Aber bei der kritischen Ueberarbeitung muss man sich zu jedem Superlativ die Frage stellen: Lässt es sich umgehen? Denn im Grunde ist diese Ausdrucksform farblos, eine Eselsbrücke, die einem erspart, sich mit der Sache näher auseinanderzusetzen. Wie viel mehr sagt doch zum Beispiel ein Vergleich oder eine Beschreibung der Wirkungen, in welcher die «vorzüglichsten» Eigenschaften an Beispielen zum Ausdruck kommen, oder eine bildhaft klare, eingehende Beschreibung des Gegenstandes, aus welcher der Leser etwas erfährt, etwas lernt, sich ein Urteil bilden kann für den Einkauf. Ein Beispiel: «Unsere Velopneus sind ausgezeichnet» oder statt dessen: «Unsere Velopneus wurden erprobt für eine Leistung von 8000 km». Das ist eine Angabe, an die man sich halten kann. Das erweckt Vertrauen. Superlative sagen im Grunde genommen gar nichts, denn sie geben keine Masseinheit, keine Vergleichsmöglichkeit. Auf den kritischen Käufer wirkt aber die bescheidenste tatsächliche Angabe viel vertrauenerweckender als eine hohle Begeisterungsphrase.

«Dieser Apparat leistet der Hausfrau die allergrössten Dienste.» Was sagt das schon? Gar nichts. Denn die allergrössten Dienste könnte ihr im Grunde genommen nur eine Einrichtung bieten, welche die gesamte Haushaltarbeit überhaupt überflüssig macht. Also klingt die Phrase unwahrscheinlich, unreell. Wenn Sie statt dessen schreiben: «Diese Einrichtung spart der Hausfrau täglich 10 bis 20 Minuten Arbeit», erhält die Interessentin plötzlich eine konkrete Vorstellung. Sie wird sich sagen, dass sie in diesen 10 bis 20 Minuten Strümpfe flicken, schnell den Gartenkies rechen oder einen Ausgang machen kann. Kurz, es entsteht ein Wunschbild. Vom Worte «allergrössten» entsteht aber gar kein Wunschbild. Wer die Werbung erfolgreicher Kaufleute studiert, wird finden, dass ihre Sprache stets massvoll ist. Wir sind doch eigentlich der Superlative längst müde geworden. Die politische Propaganda hat sie bis zum Ekel erregen verwendet, um leichtgläubige Massen zu betören, und damit unendliches Unglück gebracht. Diese schauerhafte Erfahrung macht jeden Menschen unbewusst abwehrbereit gegen alle Superlative. Diese Abwehr wird sofort geweckt, wenn solche Ausdrücke fallen, genau wie bei einem von aussen kommenden Ton die Saiten eines Klaviers mitklingen können, ohne dass man die Tasten berührt. In der Werbung gibt es keine absoluten Vorschriften, auch

nicht für die Verwendung der Superlative. Bestimmt sind sie in einer Propaganda für kosmetische Artikel eher und reichlicher zulässig als beim Verkauf von Dampfturbinen. Dann kommt es auch auf das Werbemittel an. In Kurztexten muss ab und zu der Superlativ an Stelle einer längeren Ausführung treten. Das wird vor allem in Kleininseraten und Plakaten der Fall sein. Aber ein Prospekt von bedeutendem Umfang, der vielleicht öfters gelesen wird, sollte auf diese Hilfe verzichten.

Etwas ganz anderes ist es nun, wenn Drittpersonen für Sie reden, nämlich in Referenzen. Zunächst gilt ohnehin die Vorschrift, dass diese wörtlich genau zitiert werden müssen; man darf sie nicht frisieren. Wenn ein Käufer begeistert in Superlativen spricht, dann entsteht beim Leser eine ganz andere Gefühlsreaktion. Denn da sprechen nicht Sie, sondern es spricht gleichsam ein Kollege des Lesers über Sie. Deshalb darf man auch dessen Superlative ganz ohne Scheu zitieren. Aber man soll auch hier Mass walten lassen und nicht zu viele Referenzen mit Superlativen aneinanderreihen, denn sonst sieht das Ganze nach «bestellter Arbeit» aus, auch wenn dies in Wirklichkeit gar nicht der Fall ist.

## Schaufenster, die uns gefallen haben

Ein Spezialgeschäft in Zürich stellt Herren-Unterkleider aus. Es ist im kalten Januar, die richtige Zeit für warme Unterwäsche. Was war nun Besonderes an diesem Fenster? Einmal der Blickfang. Auf Augenhöhe klebten an der Schaufensterscheibe zwei gewöhnliche Postkarten, sie sahen aus wie Kundenbestellungen und enthielten folgende handgeschriebene Texte:

1. «Ich will doch nicht frieren — schicken Sie mir warme Unterwäsche...»
2. «Wenn schon nicht richtig geheizt wird, dann will ich mich wenigstens warm anziehen!»

Je ein kleiner roter Papierpfeil machte den einfachen, guten Blickfang noch auffälliger. Unzählige Passanten blieben plötzlich stehen, sie wollten diese Postkarten lesen. Der erste Zweck, die Vorbeigehenden zu stoppen und wenigstens einen Moment für sich zu gewinnen, war erreicht. Und dann folgte die erste eigentlich ganz diskrete Werbung. Denn der gelesene Text war kein positives Angebot, er erinnerte nur an eine Tatsache, die den meisten bekannt war. Aber die Idee brachte es fertig, den Leuten ein Lächeln abzugewinnen, und schon folgte das Interesse für die Ware. Die Ausstellung selbst war in drei Gruppen aufgeteilt, dabei je ein fertiges Paket, so wie man es auf die Post gibt. Die Paketadresse lautete: «Jedem sein Paket Wärme.» Das waren der Gedanke und die Erinnerung an ein Nicht-frieren-müssen. Er war gut und hat verkauft.

Aus: «Der Organisator», Schweizer Monatsschrift, Zürich



## Aus unseren Verbandsvereinen

Umsätze:	1944	1945
Melano . . . . .	82 100.—	95 400.—
Meride . . . . .	90 300.—	99 500.—
Monte . . . . .	41 600.—	43 600.—
Niederbipp . . . . .	995 700.—	1 079 400.—
Pedrinale . . . . .	167 000.—	170 200.—
Schaffhausen . . . . .	6 670 200.—	7 025 500.—
Schwanden . . . . .	1 168 400.—	1 274 300.—
Steg-Fischenthal . . . . .	392 700.—	406 800.—

In Aarau plant der lokale Konsumverein in Zusammenarbeit mit dem genossenschaftlichen Frauenverein eine Frühjahrsreise nach dem Tessin. Sodann zeigte die Heidi-Bühne «Knörri und Wunderli» oder «Hei Si, wei Si, cheu Si» von Otto von Greyerz. In Einsiedeln konnte der Umsatz in den ersten vier Monaten um 28 000 Franken gesteigert werden. Im Freidorf zeigt das Genossenschaftliche Seminar einige Filme. In Frenken-dorf-Füllinsdorf wurde die tägliche Arbeitszeit des Verkaufspersonals von 10 Stunden auf 9 Stunden herabgesetzt.

Frutigen, Kandersteg, Reichenbach und Spiez beschlossen, zur Erledigung der kriegswirtschaftlichen Arbeiten die Verkaufslöke an einem Wochentage von 12.15 bis 17 Uhr zu schliessen. Ferner fasste Glattfelden mit lokalen Privatfirmen den Beschluss, die Verkaufslöke jeweils am Mittwochnachmittag von 12 Uhr an und am Samstagabend ab 18 Uhr zu schliessen. Pieterlen stieg der Umsatz um Fr. 43 400.— auf Fr. 516 800.—. Der Umsatz in Spezialartikeln betrug 107 800.—. Franken, derjenige der Bäckerei-Konditorei Fr. 106 700.—. Die Mitgliederzahl erreicht 473. Hervorzuheben ist ferner die 27jährige erfolgreiche Aktivität des Herrn Präsidenten Fritz Schindler, der nunmehr seine Demission eingereicht hat, worauf zum neuen Präsidenten Herr H. Kunz-Tschanz gewählt wurde.

Schönbühl veranstaltete zwei Filmvorführungen. Anschliessend hielten Herr Dr. Hans E. Mühlemann, Redaktor des «GV», und Herr Fritz Senn, von der Propaganda-Abteilung des ACV beider Basel, je ein Referat über «Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften heute und in der Zukunft». Den Kindern wurde der Film in einer speziellen Nachmittagsveranstaltung vorgeführt. Nach der Generalversammlung werden in Seen noch ein bis zwei Filme präsentiert. Staufien zeigte «Viribus unitis» sowie der Schuljugend einen gediegenen Skifilm. «Viribus unitis» wird sodann nach der Generalversammlung in Steg-Fischenthal gezeigt. Gemäss Beschluss der Ladeninhaber von Wangen an der Aare wurde ab 1. März den Samstagladeschluss um 17 Uhr eingeführt.

Windisch beabsichtigt, im Anschluss an die nächste Generalversammlung einen Unterhaltungsabend durchzuführen, wobei die Heidi-Bühne auftreten wird. Thalwil schliesst bestimmte Läden am Dienstag oder am Mittwoch ab 12.30 Uhr.

Aus der Aktivität unserer französischsprachigen Verbandsvereine: Bex organisierte eine Filmvorführung. In Gené fand die Idee der Gründung einer Sterbefall- und Geburtenkasse bei den Mitgliedern gute Aufnahme. Auf freiwilliger Grundlage wird diese Institution geschaffen, wobei den Mitgliedern an der jährlichen Rückvergütung 1 Franken in Abzug gebracht wird. Lausanne wirbt für «Nous voicis», das Schwesterorgan von «Wir kommen!», der genossenschaftlichen Monatszeitschrift für die Jugend. In Rolle sprach, Herr Staatsrat Charles Rosset, Gené, Präsident des Kreisverbandes I des V.S.K., über «La coopération à la lumière des événements actuels». In Vevey-Montreux referierte Herr Professor Georges Lasserre, Professor an der Universität Lyon, über «Faillite de nos systèmes économiques» (A la recherche de nouvelles structures économiques). Yverdon zeigte ein Film.

Aus der Aktivität der dem KFS, angeschlossenen Sektionen: Die deutschsprachige Sektion des Frauenvereins in Biel betätigte sich u. a. in der Soldatenfürsorge und Jugoslawienhilfe. Ferner wurde eine rege Propaganda für «Wir kommen!» entfaltet. In der französischsprachigen Sektion desselben Vereins hielt Frau Steudler, Lausanne, ein interessantes Referat. Der von Broc veranstaltete «Cours de coupe» hatte vollen Erfolg.

Frauenfeld lädt seine Mitglieder zu einem «Schluss-Strick-nachmittag» ein. Im Freidorf referierte Frau Vischer-Alioth über «Die Mitarbeit der Frau in Gemeinde und Staat».

Fräulein Suzanne Jaquet referierte in La Chaux-de-Fonds über «Une magie... la mode!», während in Le Locle Frau Perrin über «Coupe et transformations de vêtements» sprach. Uetikon weist auf den grossen Erfolg hin, den seine «dritte Lichtstube» zu verzeichnen hatte. In Zürich hielt Herr Stadtrat Jakob Peter ein Referat über «Genossenschaftliches Bauen und Wohnen», wobei auch ein Film präsentiert wurde.

## Einladung zur ordentl. Generalversammlung

Dienstag, den 26. März 1946, vormittags 9.30 Uhr,  
im grossen Sitzungssaal des St. Annahofes (5. Stock), in Zürich

## TRAKTANDEN:

1. Begrüssung, Mitteilungen des Vorstandes, Mutationen.
2. Jahresbericht und Kassabericht des Vorstandes; Bericht der Revisoren, Dechargeerteilung.
3. Neuwahlen in den Vorstand.
4. Kurzreferate:
  - a) von Herrn Dr. Henry Faucherre über «Die Pläne und Umstellungen im Genossenschaftlichen Seminar, Freidorf»;
  - b) von Herrn Dr. Stadelmann über «Die Weiterbildung des Verkaufspersonals».

13 Uhr; gemeinsames Mittagessen im Restaurant St. Annahof.

Für den Vorstand  
des Vereins schweiz. Konsumverwalter,

Der Präsident: H. Rudin

Der Aktuar: M. Sax

## Arbeitsmarkt

## Angebot

Tochter mit absolvierter zweijähriger Lehrzeit sucht auf 15. April oder 1. Mai 1946 Stelle als Verkäuferin. Wäre nicht abgeneigt, im Haushalt etwas mitzuhelfen. Offerten erbeten unter Chiffre M. B. 52 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Älterer, gesunder und tüchtiger Bäcker sucht leichtere Stelle aufs Land. Suchender hat gute Kenntnisse in der Konditorei, in Kleinbäckerei und auf Holzofen bewandert. Würde auch nebenbei Magazinarbeiten usw. ausführen. Zeugnisse und Referenzen zu Diensten. Offerten unter Chiffre F. R. 50 an die Redaktionskanzlei, V. S. K., Basel 2.

Strebsames, fachkundiges Ehepaar sucht eine gutgehende Filiale als Depot (Manufaktur-, Schuh- und Spezialewaren) zu übernehmen. Grössere Kautio könnte gestellt werden. Offerten unter Chiffre S. O. 57 an die Redaktionskanzlei des V. S. K., Basel 2.

## INHALT:

	Seite
Sitzung des Verwaltungsrates des V. S. K. . . . .	157
Der Schlachtviehabsatz in der Nachkriegszeit . . . . .	158
Gewerbepolitische Entscheidungen . . . . .	161
Es ist nicht recht, dass . . . . .	163
Sauber und glänzend in Preis und Qualität . . . . .	164
Eine Geschichte der schwedischen Konsumgenossenschaftsbewegung . . . . .	166
Wurde die Rochdaler Genossenschaft von Abstinenten gegründet oder nicht? . . . . .	168
Verschiedene Tagesfragen . . . . .	168
Ruhestandsprobleme . . . . .	169
Was wird immer wieder falsch gemacht? . . . . .	169
Die Woche der Genossenschaftlichen Studiengruppe . . . . .	170
Mehr anbauen oder hungern: Schollengengossenschaft Winterthur . . . . .	170
Eingelaufene Schriften . . . . .	170
Gutes leisten — auch in der Werbung:	
Vorsicht mit Superlativen . . . . .	171
Schaufenster, die uns gefallen haben . . . . .	171
Aus unseren Verbandsvereinen . . . . .	172
Verein schweizerischer Konsumverwalter: Einladung zur ordentl. Generalversammlung . . . . .	172
Arbeitsmarkt . . . . .	172